

1. Aufsätze

1.1. Schleswig-Holstein in den "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" - August 1941 bis November 1944

I. Einführung

Die Mittel und Methoden der modernen Demoskopie standen den nationalsozialistischen Machthabern noch nicht zur Verfügung. Da sie aber gleichwohl außerordentlich an der "öffentlichen Meinung" interessiert waren - schon um ihre eigene Wirkung zu überprüfen, Quellen des Unmuts frühzeitig zu erkennen und die Propaganda entsprechend auszurichten -, wurden nahezu von sämtlichen Gliederungen der Partei und des Staates regelmäßig sogenannte "Stimmungs- und Lageberichte" angefordert. (1)

So mußten die Landräte den Regierungspräsidenten, diese den Oberpräsidenten und jene wiederum dem Reichsinnenministerium und anderen Ministerialinstanzen berichten. Nicht anders erging es den Kreisleitern der NSDAP und den Gauleitern gegenüber der Parteikanzlei und anderen Zentralinstitutionen. Gelegentlich bestand selbst eine Berichtspflicht der einzelnen Elektrizitäts- und Wasserwerke an die Leitung städtischer Versorgungsbetriebe. (2)

Vor allem aber unterhielt der "Sicherheitsdienst (SD) des Reichsführers-SS" ein riesiges Netz von Spitzeln und Nachrichtensammelstellen im gesamten Reich, um zwischen 1939 und 1944 monatlich seine "Meldungen aus dem Reich" und verschiedene Sonderberichte anfertigen zu können. (3) So existierte ein buntscheckiges Berichtswesen unter dem Nationalsozialismus, das nicht unwesentlich zur Kontrolle der Bevölkerung, der Umsetzung einzelner politischer Maßnahmen und damit insgesamt zur Stabilität der NS-Herrschaft beitrug. Die Stimmungs- und Lageberichte waren allerdings meist mehr oder weniger allgemein gehalten - und Reichsjustizminister Gürtner hat sie einmal recht treffend als "politische Wetterberichte" charakterisiert. (4)

Im Gegensatz zu den allgemeinen Stimmungs- und Lageberichten nahmen die "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" stets auf konkrete Vorgänge Bezug. Sie befaßten sich nicht mit der "öffentlichen Meinung", sondern mit den "Gegnern" des Regimes und bildeten somit eine Art Gegenstück zu den "Wetterberichten" unter umgekehrten Vorzeichen. (5) Hauptprojekt der "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" war der Widerstand in Deutschland und in den besetzten Gebieten - sowie all das, was von den Nationalsozialisten als "gegnerische Aktivität" definiert wurde.

So wurden in den "Meldungen" Vorgänge in Kurzform referiert, die vor allem den kommunistischen, sozialistischen und sozialdemokratischen Widerstand, die polnische und tschechische Widerstandsbewegung, den Widerstand von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, die Kirchen, Verstöße gegen Kriegswirtschaftsvorschriften ("Wirtschaftsfragen") und Sabotagehandlungen betrafen. Daneben wurde auch über die "illegale Jugendbewegung" (Swing-Cliquen, bündische Jugend), "Feindpropaganda" (durch Radiosendungen und Flugblattwürfe), die Auslandspresse und eine Vielzahl "sonstiger Ereignisse" berichtet.

Allerdings werfen nicht nur die Stimmungs- und Lageberichte, sondern auch die "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" erhebliche Probleme hinsichtlich ihrer quellenmäßigen Überprüfung auf. Während sich diese Probleme auf der unteren und mittleren Ebene noch in Grenzen halten, weil die Berichte meist ihre Verfasser erkennen lassen und damit Rückschlüsse aus deren Tätigkeit und Persönlichkeit möglich sind, entziehen sich vor allem die weitgehend "anonymisierten" Lageberichte und "Meldungen" der Zentralinstanzen häufig nahezu jeglicher quellenkritischen Überprüfung. Dies gilt vor allem für die "Meldungen aus dem Reich", die auf einer Fülle ungenannter Quellen basierten und von verschiedenen Sachbearbeitern ausgewählt und redigiert wurden. (6) Es trifft in abgeschwächter Form aber auch auf die "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" zu. Um nun den Quellenwert dieser "Meldungen" richtig einschätzen zu können, soll hier zunächst auf ihre Entstehungsgeschichte, die Erscheinungsweise, Verbreitung, Überlieferung und vor allem ihre Funktion eingegangen werden.

1.) Das Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes

Die "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" wurden im Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) zusammengestellt. Dieses Amt IV des RSHA bildete die Zentralinstanz der Geheimen Staatspolizei (Gestapo). Die Gestapo wiederum war noch unter der Ägide Hermann Görings als Preußischer Ministerpräsident zunächst nur für das Land Preußen gebildet worden. (7) Der Begriff "Geheime Staatspolizei" tauchte erstmals in dem Preußischen Gesetz über die Errichtung eines Geheimen Staatspolizeiamtes vom 26.4.1933 auf. Wie der erste Gestapo-Chef Rudolf Diels stammten auch zahlreiche seiner Mitarbeiter aus den Reihen der politischen Polizei der Weimarer Republik. Am 20.4.1934 setzte Hermann Göring den Reichsführer-SS Heinrich Himmler als "Inspekteur und stellvertretenden Chef der Geheimen Staatspolizei" ein und zog

sich selbst Ende 1934 endgültig aus dem politisch-polizeilichen Bereich zurück.

Himmler hatte schon zuvor die politischen Polizeibehörden der außerpreußischen Länder unter seine Kontrolle gebracht. Das Berliner Geheime Staatspolizeiamt wurde damit faktisch bereits 1934 zur Zentralstelle der politischen Polizei in Deutschland. Mit Heinrich Himmler kamen drei Männer nach Berlin, die den weiteren Auf- und Ausbau der Gestapo entscheidend prägten: Reinhard Heydrich als Behörden-Chef, Dr. Werner Best als sein Stellvertreter, Hauptorganisator und Polizeirechts-Spezialist sowie Heinrich Müller ("Gestapo-Müller"), der bis 1945 die Verfolgung politischer Gegner des Nationalsozialismus (die sogenannte "Gegnerbekämpfung") leitete. Noch 1935 gelang der Gestapo unter Himmler ein entscheidender Schritt, als das Preußische Oberverwaltungsgericht und das Berliner Kammergericht in ständiger Rechtsprechung feststellten, daß Entscheidungen der Gestapo keiner gerichtlichen Nachprüfung unterlägen. Damit wurde die Gestapo quasi zu einer Sonderbehörde mit unbeschränkten Vollmachten.

Am 17.6.1936 erfolgte die Ernennung Heinrich Himmlers zum "Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern". Damit war nicht nur der Prozeß der "Verreichlichung" der Polizei abgeschlossen, sondern die Polizei wurde nunmehr auch verwaltungstechnisch vollständig aus der inneren Verwaltung herausgelöst und Himmler persönlich unterstellt. Nur 9 Tage später - am 26.6.1936 - faßte Himmler Gestapo und Kriminalpolizei im "Hauptamt Sicherheitspolizei" zusammen. Als Chef dieser Behörde fungierte wiederum Reinhard Heydrich, dem nunmehr die Gestapo, die Kriminalpolizei und - in Personalunion - der "Sicherheitsdienst (SD) des Reichsführers-SS" unterstanden. Heydrich vereinigte damit wie Himmler Staats- und Parteiämter in seiner Person. Polizei und SS verschmolzen immer stärker miteinander. Diese Entwicklung fand mit der Zusammenfassung des "Hauptamtes Sicherheitspolizei" und des SD im Reichssicherheitshauptamt am 1.10.1939 ihren Abschluß. Heydrich führte nunmehr den Titel "Chef der Sicherheitspolizei und des SD".

Das RSHA zählte 1939 zunächst 6 Ämter, die sich noch deutlich ihren ursprünglichen Organisationen zuordnen ließen (in Klammern): Amt I - Verwaltung und Recht, Amt II - Weltanschauliche Forschung und Auswertung (SD), Amt III - Deutsche Lebensgebiete (SD-Inlandsnachrichtendienst), Amt IV - Gegnerbekämpfung (Gestapo), Amt V - Verbrechenbekämpfung (Kripo), Amt VI - Auslandsnachrichtendienst (SD-Ausland).

An dieser groben Organisationsstruktur des RSHA änderte sich bis Kriegsende nur noch wenig.

Lediglich das Amt I wurde bis zum Frühjahr 1941 in das neue "Amt II - Organisation, Verwaltung und Recht" geteilt. Das alte Amt II führte seither die Bezeichnung "Amt VII", behielt aber weitgehend seine ursprüngliche Aufgabenstellung. Eine letzte Erweiterung erfuhr das RSHA schließlich noch im Februar 1944 mit einem zusätzlichen "Militärischen Amt", in dem der Auslandsnachrichtendienst der Wehrmacht nach dem Sturz von Canaris aufging.

Im RSHA waren damit alle nachrichtendienstlichen Organisationen, die Kriminalpolizei und die politische Polizei (Gestapo) des Reiches vereinigt. Nie zuvor oder hernach hat es eine solche Zusammenballung des gesamten sicherheitspolizeilichen Apparats und der Nachrichtendienste in Deutschland gegeben. Himmlers Ziel war dabei die Schaffung eines homogenen "Staatschutzkorps" unter der Ägide der SS, mit dem auch die letzten formellen Unterschiede zwischen Beamten und Angestellten der Polizei und der inneren Verwaltung einerseits und den Angestellten und Helfern der Parteiformation SS andererseits aufgehoben werden sollten. Faktisch hatte der Reichsführer-SS dieses Ziel während des Krieges bereits weitgehend verwirklicht.

Auch nach 1939 kam der Gestapo als exekutivischer Arm des RSHA im politisch-polizeilichen Bereich eine hervorragende Bedeutung zu. Dabei blieb ihre Aufgabenstellung als explizit politische Polizeibehörde seit der Gründung - von Erweiterungen abgesehen - nahezu unverändert. In den Bezeichnungen der Unterabteilungen des Amtes IV des RSHA spiegelten sich die Aufgabenstellungen der Gestapo während des Krieges deutlich wider. Wie alle Ämter des RSHA gliederte sich auch die Gestapo in Gruppen und Referate. Zwar gab es 1940/41 in diesen Bereichen noch einige Veränderungen, aber der Geschäftsverteilungsplan des RSHA vom 1.10.1943 gab jedenfalls die Aufgabenstellungen der Gestapo und weitgehend auch ihre Organisationsstruktur während der gesamten Kriegszeit zutreffend wieder. Im folgenden soll daher der Aufbau des Amtes IV des RSHA anhand des Geschäftsverteilungsplanes vom 1.10.1943 kurz nachvollzogen werden: (8)

Amt IV - Gegner-Erforschung und -Bekämpfung

Gruppe IV A - Gegner, Sabotage und Schutzdienst

Referat IV A 1 - Kommunismus, Marxismus und Nebenorganisationen, Kriegsdelikte, Illegale und Feind-Propaganda

Referat IV A 2 - Sabotageabwehr, Sabotagebekämpfung, Politisches Fälschungswesen

Referat IV A 3 - Reaktion, Opposition, Legitimismus, Liberalismus, Heimtücke-Angelegenheiten (soweit nicht unter IV A 1)

Referat IV A 4 - Schutzdienst, Attentatsmeldungen,
Überwachungen, Sonderaufträge, Fahndungstrupp

Gruppe IV B - Politische Kirche, Sekten und Juden

Referat IV B 1 - Politischer Katholizismus

Referat IV B 2 - Politischer Protestantismus, Sekten

Referat IV B 3 - Sonstige Kirchen, Freimaurerei

Referat IV B 4 - Judenangelegenheiten, Räumungsangelegenheiten, Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens, Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit

Gruppe IV C - Personenkartei, Personenaktenverwaltung, Schutzhaft, Presse und Partei

Referat IV C 1 - Auswertung, Hauptkartei, Personenaktenverwaltung, Auskunftsstelle, Ausländerüberwachung

Referat IV C 2 - Schutzhaftangelegenheiten

Referat IV C 3 - Angelegenheiten der Presse und des Schrifttums

Referat IV C 4 - Angelegenheiten der Partei und ihrer Gliederungen, Sonderfälle

Gruppe IV D - Großdeutsche Einflußgebiete

Referat IV D (Ausl.Arb.) - Ausländische Arbeiter

Referat IV D 1 - Protektorsangelegenheiten, Tschechen im Reich, Slowakei, Serbien, Kroatien und die übrigen Gebiete des ehem. Jugoslawien, Griechenland

Referat IV D 2 - Gouvernementsangelegenheiten, Polen im Reich

Referat IV D 3 - Vertrauensstellen, Staatsfeindliche Ausländer, Emigranten

Referat IV D 4 - Besetzte Gebiete: Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen, Dänemark

Referat IV D 5 - Besetzte Ostgebiete

Gruppe IV E - Abwehr

Referat IV E 1 - Allgemeine Abwehrangelegenheiten, Erstattung von Gutachten in Hoch- und Landesverrats- und sonstigen Angelegenheiten gemäß Ziffer 5 der Verschlusssachen-Anweisung, Abwehrbeauftragte

Referat IV E 2 - Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten, Wirtschaftsspionageabwehr, Werkschutz und Bewachungsgewerbe, Recht des Werkschutz und Bewachungsgewerbes, Politisch-polizeiliche Abwehrbeauftragte

Referat IV E 3 - Abwehr West

Referat IV E 4 - Abwehr Nord

Referat IV E 5 - Abwehr Ost

Referat IV E 6 - Abwehr Süd

Gruppe IV F - Paßwesen und Ausländerpolizei
Referat IV F 1 - Grenzpolizei
Referat IV F 2 - Paßwesen
Referat IV F 3 - Ausweiswesen und Kennkarten
Referat IV F 4 - Ausländerpolizei und grundsätzliche
Grenzangelegenheiten
Referat IV F 5 - Zentrale Sichtvermerksstelle

Die Mehrzahl der Referate in den Gruppen A-D des Amtes IV lieferten Beiträge, die sich unter entsprechenden Stichworten in den "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" wiederfinden. Die "Meldungen" mußten daher an zentraler Stelle im Amt IV redigiert und zusammengestellt werden. Nach dem Geschäftsverteilungsplan vom 1.10.1943 war die "Geschäftsstelle" des Amtes IV unter SS-Sturmbannführer Amtsrat Pieper unter anderem für die "Berichterstattung" und "Ereignismeldungen" zuständig. Daneben existierte ab 1943 eine besondere Abteilung "IV (N) - Nachrichtensammelstelle", die dem Amtschef, SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei Heinrich Müller, unmittelbar unterstellt war.

Da keinerlei Generalakten über die Entstehung, Erscheinungsweise, Verbreitung und Funktion der "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" erhalten sind, kann nur vermutet werden, daß die "Meldungen" ursprünglich dort redigiert und zusammengestellt wurden, wo auch die übrigen Berichte und Ereignismeldungen der Gestapo zusammenliefen. Dies wäre die Geschäftsstelle des Amtes IV unter SS-Sturmbannführer Amtsrat Pieper gewesen. Weiter ist jedoch anzunehmen, daß Heinrich Müller die Herausgabe eines so zentralen Organs wie der "Meldungen" nicht einem nachgeordneten Amtsrat und dessen Mitarbeitern allein überließ. Vielmehr muß wohl davon ausgegangen werden, daß Müller sich als Amtschef auch letzte Entscheidungen über die "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" vorbehielt. Desweiteren darf vermutet werden, daß Müller besondere Männer seines Vertrauens mit der Ausrichtung, Kontrolle und Zusammenstellung der "Meldungen" beauftragte. Dies könnte zur Herausbildung der besonderen Abteilung "IV (N) - Nachrichtensammelstelle" geführt haben, die dann 1943 auch formell aus der allgemeinen Geschäftsstelle des Amtes IV ausgegliedert und Müller direkt unterstellt wurde.

2.) Die "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse"

Die "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" erschienen nachweislich vom Januar 1941 bis November 1944. (10)

Dabei ist jedoch nicht auszuschließen, daß insbesondere nach dem November 1944 noch einige weitere Ausgaben gefertigt wurden. Wie bereits angedeutet, existiert keinerlei schriftliche Oberlieferung zur Entstehungsgeschichte der "Meldungen". Es ist allerdings davon auszugehen, daß ebenfalls für die "Meldungen staatspolizeilicher Ereignisse" detaillierte Ausführungsbestimmungen erlassen wurden, wie sie etwa für das seit Mitte 1940 erschienene "Befehlsblatt des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD" am 19.4.1940 ergingen. (11)

Die zeitliche Nähe des Erscheinens der "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" zu Hitlers Entscheidung, die Sowjetunion im Frühjahr 1941 zu überfallen (12), legt den Gedanken nahe, daß hier ein innerer Zusammenhang besteht. Tatsächlich hatte der Widerstand aus der deutschen Arbeiterbewegung, der während der gesamten NS-Herrschaft vor allem von den organisierten Kommunisten getragen wurde, nach dem Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 seinen absoluten Tiefstand erreicht. Die Parteibasis der deutschen Kommunisten war überwiegend desorientiert und verharnte - auch nach den Erfahrungen mit den zahllosen Verhaftungswellen der 30er Jahre und noch bei Kriegsausbruch - in Wartestellung (13). Die Gestapo erblickte in Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten jedoch weiterhin die gefährlichsten Gegner des NS-Regimes (14). Und im Amt IV des RSHA wird man sich sicher ebenfalls darüber im Klaren gewesen sein, daß insbesondere der kommunistische Widerstand nach einem deutschen Angriff auf die Sowjetunion wieder erstarken würde. Die Gestapo versuchte mit den "Meldungen" möglicherweise, ihre Schlagkraft im Vorgriff auf die kommenden Ereignisse zu erhöhen.

Dabei nahm die Häufigkeit des Erscheinens der "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" im Laufe des Krieges immer weiter ab. So kamen die "Meldungen" vom Januar 1941 bis Juli 1942 zunächst dreimal wöchentlich, darauf von August 1942 bis Januar 1943 zweimal und schließlich von Februar 1943 bis November 1944 nur noch einmal in der Woche heraus. Jede Ausgabe umfaßte in der Regel zehn Seiten, wobei einzelne Nummern nur 7 oder 8 Blatt, andere hingegen an die 20 Blatt zählten. Insgesamt sind über 3.000 Seiten überliefert. Die "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" wurden maschinenschriftlich erstellt und im Umdruckverfahren vervielfältigt. Nur aus dem November 1944 liegen zwei gedruckte Ausgaben vor.

Die Auflage der einzelnen Ausgaben der "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" wird rund 150 Exemplare betragen haben. Ein Exemplar vom 28.4.1944 trägt die "Kontroll-Nr. 88" (15). Sämtliche Staatspolizei(leit)stellen sowie die Befehlshaber und Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD im Reich (einschließlich "Protektorat" und "Generalgouvernement") und teilweise auch in den besetzten Gebieten (z.B. in Norwegen) erhielten Exemplare der "Meldungen". Allein die Zahl der Staatspolizei(leit)stellen betrug 1943 70; die Zahl der "Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD" in den besetzten Gebieten betrug zur gleichen Zeit rund 15, die der nachgeordneten "Kommandeure der Sicherheitspolizei (und des SD)" lag etwa bei 40 (16). Hinzu trat der Eigenbedarf des RSHA. Darüberhinaus erhielten auch außenstehende Institutionen Exemplare der "Meldungen": So die Parteikanzlei unter Martin Bormann, spätestens seit Mitte 1942 auch das Reichsjustizministerium unter Georg Thierack und möglicherweise ebenfalls das Propagandaministerium unter Joseph Goebbels (17).

Die Oberlieferung der "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" ist unvollständig. Bei der Sammlung des Bundesarchivs handelt es sich um einen sogenannten "rekonstruierten Bestand", der aus verschiedenen Quellen neu zusammengestellt wurde. Nur ein kleiner Teil der darin enthaltenen "Meldungen" stammt aus erhaltenen Gestapo-Unterlagen, der allergrößte Teil wurde der Aktenüberlieferung der Parteikanzlei entnommen. Daneben konnten einzelne Nummern in den Beständen des AUDA-Archivs in Prag sowie in den Akten des Reichsjustizministeriums ausfindig gemacht und in den neu zusammengestellten Bestand übernommen werden. Während die "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" auf diese Weise für die Zeit vom Januar 1941 bis Januar 1942 vollständig rekonstruiert werden konnten, fehlen für den Zeitraum vom Februar 1942 bis Dezember 1943 einzelne Nummern. Für das Jahr 1944 ist die Oberlieferung dann außerordentlich lückenhaft (die Monate März und Oktober fehlen vollständig, aus den Monaten Januar, Februar und November sind nur einzelne Ausgaben überliefert). Darüberhinaus fehlen in einigen Nummern auch einzelne Seiten (18).

Auch hinsichtlich der Funktion der "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" fehlt es an jeder schriftlichen Oberlieferung. Ihr Sinn und Zweck kann daher nur aus den "Meldungen" selbst erschlossen werden. Ein wichtiges Indiz ist dabei zunächst die Verbreitung der "Meldungen", die - wie bereits festgestellt - ja nahezu sämtliche Dienststellen der Gestapo

auf der mittleren und zentralen Ebene erreichten (Staatspolizei(leit)stellen, Befehlshaber und Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD, Reichssicherheitshauptamt). Dieser Empfängerkreis legt den Schluß nahe, daß die "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" vor allem der internen Kommunikation der einzelnen Dienststellen der Gestapo untereinander dienten.

Aus den Einzelberichten und Tagesmeldungen der regionalen Staatspolizei(leit)stellen, der Befehlshaber und Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD sowie der Gruppen und Referate des Amtes IV des Reichssicherheitshauptamtes wurden diejenigen Nachrichten zusammengestellt, die nach Auffassung der Berliner Zentrale allgemeines Interesse verdienen. Nach welchen Kriterien dabei im Einzelnen verfahren wurde, ist unbekannt; mit großer Wahrscheinlichkeit hat es jedoch - wie bereits ausgeführt - entsprechende, detaillierte Anweisungen gegeben. Eine Durchsicht des überlieferten Gesamtbestandes ergibt allerdings, daß es offensichtlich nicht gelang, die "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" tatsächlich nach klaren Kriterien zusammenzustellen und auszurichten. Schon die Überschriften zu den einzelnen Abschnitten der "Meldungen" variierten stark (so hieß es: "KPD und andere marxistische Organisationen", dann: "Kommunismus und Marxismus", schließlich nur: "Kommunismus"), die Übergänge der einzelnen Abschnitte blieben fließend (etwa bei: "Sabotage" - "Kommunismus" - "Tschechische bzw. polnische Widerstandsbewegung" - "Illegale Organisationen von Polen und Ostarbeitern"), gelegentlich verloren sich die "Meldungen" in Einzelheiten, dann wieder wurden tatsächlich "wichtige Ereignisse" von überregionaler Bedeutung gar nicht gemeldet (z. B. fehlt jeder Hinweis auf die Aufrolung der großen Hamburger Widerstandsorganisation im Oktober/November 1942 (19)).

Trotz dieser offenkundigen Mängel scheint es der Hauptzweck der "Meldungen" gewesen zu sein, den einzelnen Staatspolizei(leit)stellen und den Befehlshabern sowie Kommandeuren der Sicherheitspolizei und des SD einen Überblick über die wichtigsten staatspolizeilichen Ereignisse" und damit über die allgemeine "staatspolizeiliche Lage" zu vermitteln. Die regelmäßige Angabe der vollen Personalien sämtlicher Verhafteter deutet desweiteren darauf hin, daß die "Meldungen" auch für die praktische staatspolizeiliche Tätigkeit von Bedeutung waren. So konnten anhand der in den "Meldungen" wiedergegebenen Angaben etwa zusätzliche Ermittlungen angestellt, und Ermittlungsergebnisse in größere Zusammenhänge eingeordnet werden. Ab Mitte 1944

tritt dann noch als weiterer Aspekt die Anleitung zu staatspolizeilichen Ermittlungen durch die "Meldungen" hervor. Einzelne Ereignisse wurden seit dieser Zeit häufig exemplarisch referiert und die Staatspolizei(leit)stellen sowie Befehlshaber und Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD zu verstärkten Anstrengungen bei der Ermittlungstätigkeit in ähnlich gelagerten Fällen aufgefordert. Vermittelten die "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" in den Jahren 1941/42 also eher den Eindruck eines auf Vollständigkeit bedachten Sammelsuriums von Ereignissen, so wurden insbesondere ab 1944 einzelne Vorgänge als exemplarisch herausgestellt, während man auf eine umfassende Darstellung der allgemeinen "staatspolizeilichen Lage" offenbar mehr und mehr verzichtete.

3.) Zum Erkenntniswert der "Meldungen"

Trotz des eingeschränkten Quellenwertes der "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse", wie er sich bereits aus den vorstehenden Ausführungen ergibt, lassen sich bei einer Gesamtbetrachtung doch einige durchaus bedeutsame Erkenntnisse über den Widerstand während des Krieges aus ihnen gewinnen. Dabei stechen zunächst drei Bereiche hervor, auf die im folgenden kurz eingegangen werden soll.

Zum ersten ist in diesem Zusammenhang der Widerstand in den okkupierten Gebieten hervorzuheben, der von einer ganz anderen Qualität und Intensität war als aller Widerstand in Deutschland. Die "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" spiegeln insbesondere die Aktivitäten der polnischen und tschechischen Widerstandsbewegung im "Generalgouvernement", den "eingegliederten Ostgebieten", dem "Protektorat" und im Sudetenland recht umfassend wider. Der zentrale Unterschied zwischen dem Widerstand in Deutschland und den okkupierten Gebieten lag dabei wohl darin, daß Polen und Tschechen sich weitgehend auf die Unterstützung ihrer Landsleute verlassen konnten, während der Widerstand in Deutschland vereinzelt und isoliert blieb - und darüber hinaus stets von Denunziantentum bedroht war. Dies spiegelt sich auch in den Widerstandsaktivitäten wider: Die Herstellung und der Vertrieb illegaler Schriften und Flugblätter nahmen vor allem in Polen größte Dimensionen an. Es existierten ganze Fälscherzentralen für unechte Papiere. Bereits 1941/42 bildeten sich in Polen und der Tschechei bewaffnete Gruppen, die Sabotageakte an Eisenbahnverbindungen, Nachrichtenmitteln, kriegswichtigen Transporten und in den Rüstungsbetrieben verübten. Ab 1943/44 entwickelte sich ein regel-

rechter Kleinkrieg mit den deutschen Okkupanten. Daneben entstanden große Widerstandsorganisationen, denen oft Tausende von Mitgliedern angehörten. (20) Der polnische und der tschechische Widerstand gipfelte in den Aufständen von Warschau (1944) und Prag (1945).

Zum zweiten ist innerhalb Deutschlands die Bedeutung des Widerstands aus der Arbeiterbewegung hervorstechend. Eine Durchsicht der "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" macht nachdrücklich deutlich, daß Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten und unabhängige Linke auch während des Krieges den umfassendsten, vielfältigsten und nachdrücklichsten Widerstand gegen das NS-Regime in Deutschland leisteten. Der Schwerpunkt des Arbeiterwiderstandes lag dabei in den Betrieben, so Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten und unabhängige Linke - meist unter kommunistischer Führung - in zahlreichen Gruppen zusammenarbeiteten. Daneben gab es eine große Anzahl von Einzelkämpfern aus den Reihen der Arbeiterbewegung, die auf sich allein gestellt Widerstand leisteten. Die regionalen Schwerpunkte des Arbeiterwiderstandes lagen auch während des Krieges in den alten Hochburgen von SPD und KPD: Grob läßt sich ein schiefes Viereck von Berlin nach Hamburg, von dort ins Ruhrgebiet und weiter nach Sachsen und Thüringen sowie zurück nach Berlin zeichnen. Wo das alte Arbeitermilieu intakt geblieben war, bildeten sich immer neue Widerstandsgruppen - so etwa auf den Hamburger Werften und in der Berliner Elektroindustrie. Wie bereits angedeutet befand sich der deutsche Arbeiterwiderstand in den Jahren 1939/40 auf seinem absoluten Tiefstand, um nach dem Überfall auf die Sowjetunion 1941/42 einen neuen Höhepunkt zu erreichen. Es gelang der Gestapo jedoch - wie auch die "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" belegen -, 1942/43 eine Reihe von Widerstandsgruppen durch den nun gezielt erfolgenden Einsatz von Spitzeln zu zerschlagen. Ab Ende 1943 begann sich dann der Arbeiterwiderstand erneut zu reorganisieren, und Mitte 1944 heißt es in den "Meldungen" recht unverblümt, daß der Widerstand aus der Arbeiterbewegung langsam außer Kontrolle gerate. Gegen Kriegsende häuften sich denn auch gezielte Sabotageakte, und vielerorts wurden Vorbereitungen für bewaffnete Aufstände getroffen. (21)

Zum dritten ist der Widerstand von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern während des Krieges in Deutschland hervorzuheben. Bereits 1941/42 wurde in den "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" über die Bildung einzelner illegaler Gruppen von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern berichtet. 1943

und vor allem 1944 nahm diese Entwicklung dann sprunghaft zu. Der Schwerpunkt der Gruppenbildung lag bei polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern sowie sowjetischen Kriegsgefangenen. Es gab aber auch entsprechende tschechische und französische Widerstandsgruppen im Reich. Die Gruppen befaßten sich vor allem mit Fluchtplänen, Sabotageaktionen und der Vorbereitung von bewaffneten Aufständen beim Näherücken der Front. Für die besonders diskriminierten Polen und Sowjet-Bürger ging es dabei häufig auch um die schlichte Beschaffung von lebensnotwendigen Gütern. (22) In zahlreichen Fällen arbeiteten Widerstandskämpfer aus der deutschen Arbeiterbewegung mit den Gruppen der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter zusammen. 1944 wurden sogar zweisprachige Flugblätter erstellt. Insgesamt war die Entschlossenheit der ausländischen Widerstandskämpfer besonders groß, da sie wenig oder nichts zu verlieren hatten. Vor allem 1944/45 spielte der Widerstand von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen im Reich eine hervorragende Rolle. (23)

Abgesehen von den drei genannten Bereichen des Widerstands - in den okkupierten Gebieten, der deutschen Arbeiterbewegung und der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen im Reich - lassen die "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" eine Reihe weiterer aufschlußreicher Erkenntnisse zu. Dies gilt etwa für die Verfolgungsmaßnahmen gegenüber den Kirchen, von denen die Katholiken ungleich schwerer betroffen waren als die Protestanten, die "Jugendopposition" der bündischen Gruppen und der sogenannten "Swing-Jugend" sowie die Propaganda der Alliierten durch Rundfunksendungen und Flugblattabwürfe. Desweiteren können die zahlreichen Meldungen zu "Wirtschaftsfragen" sowie die häufigen "sonstigen" Meldungen manche Aspekte des Alltagslebens während des Krieges in Deutschland erhellen.

Die "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" besitzen aber auch auf der regionalen oder landesgeschichtlichen Ebene einen nicht als gering zu veranschlagenden Erkenntniswert. So macht etwa der nachfolgende Abdruck jener 60 Einzelmeldungen, die sich auf Schleswig-Holstein beziehen, deutlich, daß es in der überwiegend agrarisch strukturierten Provinz während des Krieges offenbar keinen organisierten Widerstand aus der Arbeiterbewegung mehr gab. Zwar kam es insbesondere zwischen August 1941 und April 1942 noch zu einer Vielzahl von vor allem kommunistischen Aktivitäten, aber in keinem Fall sind organisierte Widerstandsgruppen als ihre Urheber erkennbar, sondern es handelte sich vielmehr durchweg um Einzeltäter. Gleichzeitig wurde in dem-

selben Zeitraum mit der Abschnittsleitung Nord der KPD in Kopenhagen die letzte überregionale Widerstandsorganisation im norddeutschen Raum zerschlagen, die auch für Schleswig-Holstein einige Bedeutung hatte. Von diesem Schlag hat sich der organisierte Arbeiterwiderstand in Schleswig-Holstein bis Kriegsende offenbar nicht mehr erholt.

Dagegen spielte der Widerstand von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern in Schleswig-Holstein eine verhältnismäßig große Rolle. Allein 1943 wurde über die Bildung von drei Widerstandsgruppen - einer tschechischen, einer französischen und einer polnisch-sowjetischen - sowie mehrere Beispiele von Sabotage durch Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter berichtet. Dabei fungierten auch in Schleswig-Holstein Widerstandskämpfer aus der Arbeiterbewegung als Kontaktpersonen für die ausländischen Gruppen. Eine verhältnismäßig große Rolle spielte in Schleswig-Holstein auch die sogenannte "Swing-Jugend", die allerdings nicht als Teil des politischen Widerstands betrachtet werden kann, sondern lediglich Ausdruck einer gewissen oppositionellen Haltung unter Jugendlichen war. In Kiel wurde im September 1941 offensichtlich die erste derartige Gruppe im Reich überhaupt ausgehoben. Im weiteren Kriegsverlauf bildeten sich noch wiederholt Gruppen der "Swing-Jugend" in Schleswig-Holstein. Die Verfolgung der Kirchen spielte im protestantischen Norden des Reichs hingegen kaum eine Rolle.

Als charakteristisch für die Kriegszeit in Schleswig-Holstein können auch die relativ zahlreichen Fälle von Schiebungen mit Lebensmitteln gelten. Bei der Verfolgung dieser Delikte nahm die Gestapo eine im Grunde kriminalpolizeiliche Aufgabenstellung wahr, was gleichzeitig deutlich macht, daß die Grenzen zwischen polizeilicher Verbruchsbekämpfung und politischer Verfolgung gerade in der Kriegszeit immer weiter verschwammen. Dies gilt auch für die Verfolgung schlichter Sachbeschädigungen in den Betrieben als "Sabotage".

Insgesamt spielte Schleswig-Holstein bei der Verfolgung des Widerstands während des Krieges eine untergeordnete Rolle. Dies machen auch die für Oktober und Dezember 1941 sowie Juni und August 1943 überlieferten Verhaftungsstatistiken der Gestapo deutlich. So hatte die Staatspolizeileitstelle Kiel im Oktober 1941 96 von 10.277 Festnahmen im ganzen Reich vorgenommen (weniger als 1 Prozent), im Dezember 1941 waren es 96 von 8.398 (knapp 1,2 Prozent), im Juni 1943 441 von 43.445 (nahezu genau 1 Prozent) und im August 1943 493 von 46.685 Festnahmen (knapp 1,1 Prozent). (24) Der Anteil

der Staatspolizeistelle Kiel an den gesamten Verhaftungen im Reich pendelte also bei rund einem Prozent, während die schleswig-holsteinische Bevölkerung mehr als 2 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung ausmachte. Zwar kann von der Zahl der Verhaftungen nicht unvermittelt auf die Intensität und Qualität des Widerstands geschlossen werden, aber sie waren doch ein gewisses Indiz für die allgemeine "staatspolizeiliche Lage" in der nördlichsten Provinz des Reiches.

Während sich also auf der regionalen oder landesgeschichtlichen Ebene durchaus noch eine Reihe aufschlußreicher und historisch auch vertretbarer Erkenntnisse aus den "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" gewinnen lassen, muß vor einer unkritischen Übernahme einzelner Meldungen insbesondere auf der lokalen Ebene nachdrücklich gewarnt werden. Denn die "Meldungen" sind - wie bereits ausgeführt - erstens nicht vollständig überliefert, zweitens schon in ihrer Zusammenstellung nicht umfassend und drittens nicht einheitlich und verläßlich redigiert worden. Hinzu kommt aber vor allem, daß es sich bei den einzelnen Meldungen um die Weitergabe von Ermittlungsergebnissen der Gestapo handelt, d.h. die einzelnen Aussagen können aufgrund von Mißhandlungen, Folter oder Erpressung zustande gekommen sein. Dieser Umstand zwingt hinsichtlich einzelner Meldungen insbesondere auf der lokalen Ebene zu größter quellenkritischer Vorsicht. (25)

4.) Editorische Bemerkungen

Im folgenden werden sämtliche Berichte aus den "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" wiedergegeben, die sich auf Schleswig-Holstein beziehen. Da für den Zeitraum von Januar bis Juli 1941 keine Berichte aus Schleswig-Holstein in den "Meldungen" überliefert sind, konnte die Edition auf den Zeitraum von August 1941 bis November 1944 beschränkt werden. Aufgenommen wurden nicht nur Berichte, die sich explizit auf die Tätigkeit der Staatspolizeistelle Kiel beziehen, sondern auch alle weiteren Berichte, die Schleswig-Holstein betreffen (etwa Verhaftungen von Beamten der Staatspolizeistelle Hamburg in Schleswig-Holstein). Aufgenommen wurde ebenfalls eine Reihe von Einzelberichten, die sich mit der Aufrollung der Abschnittsleitung Nord der KPD in Kopenhagen befassen, selbst wenn diese nicht ausdrücklich auf Schleswig-Holstein Bezug nehmen. Sämtliche Einzelmeldungen dieser Art wurden in der Überschriftenzeile mit den Zusatz "KPD-Abschnittsleitung-Nord"

gekennzeichnet. Die Berichte werden im übrigen unter den Originalüberschriften wiedergegeben, die sich in den "Meldungen" finden. Offensichtliche Schreibfehler im Text wurden korrigiert, die Orthographie blieb im übrigen aber unverändert.

Die in den "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" wiedergegebenen Personalien von Festgenommenen, die nicht erkennbar Widerstand gegen den Nationalsozialismus leisteten, wurden insofern "anonymisiert", als ihre Namen durch die Buchstaben X, Y und Z ersetzt und statt der Geburtstage lediglich die Geburtsjahre angegeben wurden. Dieses historische nicht unproblematische Verfahren findet seine Rechtfertigung in den schutzwürdigen Belangen derjenigen, die lediglich kriminelle Handlungen verübten und gleichwohl von der Gestapo verfolgt wurden. Im übrigen werden die Personalien der Festgenommenen vollständig wiedergegeben, da diejenigen, die erkennbar Widerstand gegen den Nationalsozialismus leisteten, damit zu Personen der Zeitgeschichte wurden. Es käme einer nachträglichen Verhöhnung dieser Widerstandskämpfer und Opfer des Nationalsozialismus gleich, ihre Namen aus heutigen Darstellungen zu streichen.

Anmerkungen:

- (1) Siehe Marlis G. Steinert, "Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg", Düsseldorf/Wien 1970 (im folgenden "Steinert, Krieg" zitiert). Marlis G. Steinert hat einen Großteil der in diesem Zusammenhang verfügbaren Quellen ausgewertet. Zur Bedeutung der "öffentlichen Meinung" im Nationalsozialismus sowie zur Quellenlage vgl. vor allem ihre Einführung, S. 17-48.
- (2) So z.B. in Bremen.
- (3) Die erhaltenen Lageberichte des SD wurden veröffentlicht in: Heinz Boberach (Hrsg.), "Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945", 17 Bde, Herrsching 1984 (im folgenden "Boberach, Meldungen" zitiert).
- (4) Gürtners Äußerung bezog sich allerdings lediglich auf die justizinternen Lageberichte des Oberreichsanwalts und der Generalstaatsanwälte. Vgl.: "Die Pfalz und das Saarland während des Krieges (1940-1945). Aus den Lageberichten des Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwaltes in Zweibrücken", veröffentlicht von Klaus Oldenhage, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte, Teil 1: Nr. 5/1979, S. 303-356, Teil 2: Nr. 6/1980, S. 343-398; hier: Teil 1, S. 304

- (5) Allerdings sind die "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" in der wissenschaftlichen Forschung bislang nur wenig beachtet worden. Dies gilt nicht nur hinsichtlich der Arbeiten über die Stimmung und Haltung der Deutschen während des Krieges (vgl. nur: Steinert, Krieg), sondern auch bezüglich weiterer Bereiche der Literatur über den Widerstand (Eine rühmliche Ausnahme bildet in diesem Zusammenhang die Studie von Detlef Peukert, "Die KPD im Widerstand - Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945", Wuppertal 1980 (im folgenden "Peukert, KPD" zitiert). Zum Erkenntniswert der "Meldungen" siehe neuerdings auch: Wolfgang Scheffler, "Der Brandanschlag im Berliner Lustgarten im Mai 1942 und seine Folgen. Eine quellenkritische Betrachtung", in: Berlin in Geschichte und Gegenwart, Jahrbuch des Landesarchivs Berlin, hrsg. von Hans J. Reichhardt, Berlin 1984).
- (6) Vgl. nur die Einführung bei Boberach, Meldungen, insb. S. 18-38.
- (7) Zur Geschichte der Gestapo vgl. - auch für das folgende - überblicksartig die "Vorbemerkung" in: "Findbücher zu den Beständen des Bundesarchivs. Bd. 22 / Bestand R 58: Reichssicherheitshauptamt", bearbeitet von Hans Boberach, Koblenz 1982 (im folgenden "Boberach, Findbuch" zitiert), insb. S. XI-XXXVII; vgl. desweiteren ausführlicher: Hans Buchheim, "Die SS - Das Herrschaftsinstrument", in: Hans Buchheim/Martin Broszat/Hans-Adolf Jacobsen/Helmut Krausnick, "Anatomie des SS-Staates", Bd. 1, 3. Aufl., München 1982, S. 15-212, insb. S. 33-113; zur Frühgeschichte der Gestapo siehe vor allem: Christoph Graf, "Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches", Berlin 1983. Dem Verfasser stand desweiteren ein unveröffentlichtes Manuskript von Johannes Tuchel über Organisation und Tätigkeit der Berliner Zentralbehörden der Gestapo zur Verfügung.
- (8) Eine Abschrift des Geschäftsverteilungsplans befindet sich im Bundesarchiv (BA), R 58, 840, fol. 303-349, hier insb. fol. 322-327.
- (9) Vgl. ebenda, fol. 321.
- (10) Die "Meldungen" werden im Bundesarchiv verwahrt. Es handelt sich um einen sogenannten "rekonstruierten" Bestand (vgl. dazu im Text weiter unten). Die Signaturen lauten: BA, R 58, 195 bis 213 und 358.

- (11) Vgl. Runderlaß des Reichssicherheitshauptamtes vom 19.4.1940, Aktenzeichen: I B 1 Nr. 111/40 -151-, gez. Dr. Best, in: BA, R 58 243, fol. 287-289. Best legte in diesem Runderlaß den Bezuherkreis, die Schriftleitung, die wiederzugebenden Erlasse und Mitteilungen, die Einreichung von Druckvorlagen und den Zweck des "Befehlsblattes" bis ins Einzelne fest.
- (12) Hitler teilte seinen Entschluß, die Sowjetunion zu überfallen, am 31.7.1940 den Führungsspitzen von Heer, Luftwaffe und Marine auf dem Obersalzberg mit (vgl. "Das deutsche Reich und der zweite Weltkrieg", hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4: Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart 1983, S. 3-25, insb. S. 13 ff.). In den folgenden Monaten wurden nicht nur die militärischen Planungen für das "Unternehmen Barbarossa" vorangetrieben, sondern auch weitere Kreise - wie das Reichssicherheitshauptamt - über die Absichten Hitlers informiert.
- (13) Vgl. hierzu vor allem: Peukert, KPD, insb. S. 326-333; siehe desweiteren: Horst Duhnke, "Die KPD von 1933 bis 1945", Köln 1972, insb. S. 353-364. - Die DDR-Geschichtsschreibung bestreitet allerdings, daß der kommunistische Widerstand zwischen 1939 und 1941 einen Tiefpunkt erreichte als eine "von imperialistischen und rechtssozialdemokratischen Historikern in der BRD und anderer imperialistischer Staaten verbreitete Legende" (vgl. "Deutschland im Zweiten Weltkrieg", von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Wolfgang Schumann und Gerhart Hass, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22.6.1941, Berlin (Ost) 1974, S. 266-304, Zitat S. 297 f.).
- (14) So erließ das Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes etwa am 22.12.1939 einen Runderlaß zur verstärkten "Beobachtung und Bekämpfung der kommunistischen und marxistischen Zersetzungstätigkeit" (Aktenzeichen: Amt IV (II A 4) 8039/39, gez. Müller), in: BA, R 58, 264, fol. 178-181.
- (15) Siehe: BA, R 58, 213, fol. 33.
- (16) Zahlenangaben nach: Boberach, Findbuch, S. XXIV f, und: Werner Hilgemann, Atlas zur deutschen Zeitgeschichte 1918-1968, München/Zürich 1984, S. 260 f.
- (17) Die Weitergabe der "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" an die Parteikanzlei und das Justizministerium (ab Mitte 1942) ist durch die Bestände des Bundesarchivs nachgewie-

- sen. Allerdings dürfte auch das Propagandaministerium an den "Meldungen" außerordentlich interessiert gewesen sein.
- (18) Dies gilt insbesondere für die Ausgaben der "Meldungen", die aus dem AODS in Prag übernommen wurden. Das Findbuch des Bundesarchivs weist auf diesen Umstand allerdings nicht hin und ist insofern fehlerhaft (vgl. Boberach, Findbuch, S. 48 f.).
- (19) Vgl. hierzu vor allem: Ursula Puls (d.i. Ursel Ertel-Hochmuth), "Die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe. Bericht über den antifaschistischen Widerstandskampf in Hamburg und an der Wasserkante während des zweiten Weltkrieges", Berlin (Ost) 1959.
- (20) Es ist in diesem Zusammenhang ein interessanter Aspekt, daß diese Gruppen während des Krieges auch in Pommern, Danzig und Schlesien zahlreiche Mitglieder zählten und eine rege Aktivität entfalteten.
- (21) Trotz mancher entgegenstehender Behauptungen ist der Arbeiterwiderstand in der Bundesrepublik immer noch unzureichend erforscht. Dies spiegelt sich auch in dem jüngst erschienenen Band "Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler.", hrsg. von Jürgen Schmädke und Peter Steinbach, München/Zürich 1985, deutlich wider. Schon in der Einleitung des Bandes (S. XXI-XXXVIII) werden die vom bürgerlichen und militärischen Widerstand stark abweichenden Voraussetzungen und Rahmenbedingungen des Widerstands aus der Arbeiterbewegung nicht angesprochen. Bei den Einzelbeiträgen mangelt es an empirischen Untersuchungen über den Arbeiterwiderstand. - Aber auch eine Durchsicht der in den vergangenen 10 Jahren erschienenen und vielbeschworenen Lokal- und Regionalstudien zum Arbeiterwiderstand wirkt eher ernüchternd: Häufig fehlen den Autoren elementare historische Kenntnisse, dann ist die Quellenbasis oft sehr schmal und gelegentlich wird auch hier nur die DDR-Literatur unkritisch nachgebetet. Eine überragende Ausnahme bildet in diesem Zusammenhang nach wie vor die Studie Peuckerts über "Die KPD im Widerstand". Unter den Lokalstudien sticht auch die Arbeit von Herbert Diercks, "Die Freiheit lebt! - Antifaschistischer Widerstand und Naziterror in Elmshorn und Umgebung 1933-1945", positiv hervor.
- (22) In welcher verzweifelter Lage sich die Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion und Polen oft befanden, machen auch mehrere Berichte über Aktionen zur kollektiven Selbstverstümmelung deutlich.

- (23) Der Forschungsstand bezüglich des Widerstands von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern ist noch erheblich schlechter als derjenige hinsichtlich des deutschen Arbeiterwiderstands. So findet sich in dem Band von Schmädke und Steinbach (vgl. Anm. 21), der durchaus den Anspruch erhebt, repräsentativen Charakters zu sein, überhaupt jeglicher deutliche Hinweis auf den Widerstand von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern. Vgl. zu diesem Komplex jedoch neuerdings: Ulrich Herbert, "Fremdarbeiter - Politik und Praxis des "Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches", Berlin/Bonn 1985, insb. S. 314-326.
- (24) Die Zahlenangaben sind in den Anlagen zu den "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" vom 14.11.1941, 16.1.1942, 30.7.1943 und 24.9.1943 überliefert (BA R 58, 198, fol. 68-72, 200, fol. 58-62, 211, fol. 84-88 und fol. 109-113). Der starke Anstieg der Verhaftungszahlen von 1941 auf 1943 ist hauptsächlich auf die verstärkte Festnahme von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern zurückzuführen; die Verhaftungszahlen im Bereich "Kommunismus, Marxismus" stiegen allerdings ebenfalls stark an.
- (25) Für zahlreiche Anregungen und Hinweise, die in diese Einleitung zur Edition der "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" aus Schleswig-Holstein Eingang gefunden haben, danke ich meinem Freund und Kollegen Johannes Tüchel.

II. Die "Meldungen"

1.8.1941 "KPD und andere marxistische Organisationen"

"Wegen Herstellung und Verbreitung kommunistischer Streuzettel wurde von der Stapostelle Kiel der Bürohilfsdiener Christian Wolff (geb. am 28.12.05 zu Kiel, wohnhaft in Flintbek bei Kiel) dem Richter vorgeführt. Wolff, der als alter Kommunist bekannt ist, hatte die Streuzettel auf seiner Arbeitsstelle - Kriegsmarine Werft - hergestellt."

11.8.1941 "KPD und andere marxistische Organisationen KPD-Abschnittsleitung Nord"

"In der Strafsache Mannbar (vgl. Meldung Nr. 11 vom 27.6.41, S. 5 (1)) nahm die Stapoleitstelle Hamburg noch folgende aus Dänemark überstellten Emigranten in Haft: Takler Wilhelm Grünert (geb. 26.5.01 zu Berlin), Stenotypistin Karola Kern, geb. Hansen (geb. am 3.11.01 zu Rheine), Bauarbeiter Paul Kreft (geb. 21.8.93 zu Wertheim/Ostpr.) und Stenotypistin Liselotte Schlachcis, Jüdin (geb. am 23.3.10 zu Pinne/Polen). Die Genannten waren in der kommunistischen Gruppe "Abschnittsleitung Nord" als Leiter oder Mitarbeiter tätig.

Außerdem wurden der Stapoleitstelle Hamburg aus Dänemark die in der Anlage aufgeführten 15 Emigranten zugeführt. (2) Ahrenhold, Amter, Glienke, Hahn, Kraemer, Laue und Prussat hatten sich für eine Parteigruppe deutscher Kommunisten in Dänemark betätigt. Gegen Amter und Glienke, ferner gegen Schuster und Schwab, bestehen Fahndungsersuchen wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehens gegen das Heimtückegesetz. (3) Außerdem schwebt ein Ermittlungs- bzw. Strafverfahren gegen Ahrenhold, Grützner, Prussat und Sellhusen wegen Beteiligung an einem Mord. Kleemann, Meyer, Pritzel und Martens, die zum Teil vom Matteotti-Komitee in Kopenhagen unterstützt worden waren (4), stehen im Verdacht, sich in Dänemark kommunistisch betätigt zu haben.

Wegen kommunistischer Mundpropaganda nahm die Stapostelle Kiel den als Kommunisten bekannten Betonarbeiter Heinrich Kastning (geb. am 18.12.04 zu Heeßen, wohnhaft Kiel) in Haft."

15.8.1941 "Wirtschaftsfragen"

"Die Stapostelle Kiel nahm die Angestellten X (geb. 1891 zu Prenzlau) und Y (geb. 1896 zu Flensburg) - beide wohnhaft in Lübeck - in Haft. X, der beim Wirtschaftsamt Lübeck tätig war, hatte fortlaufend Fettmarken veruntreut und an Y abgegeben. Y wird beschuldigt, die von Gunst erworbenen Fettmarken zum Einkauf von Butter verwendet und die Butter für den Preis von 14,- RM je kg weiter veräußert zu haben."

22.8.1941 "KPD und andere marxistische Organisationen"
KPD-Abschnittsleitung Nord

"Im Zuge der Ermittlungen gegen die Abschnittsleitung Nord der illegalen KPD in Dänemark (vgl. Meldung Nr. 5 v. 11.8.41 (5)) wurde von der Staatspolizei Hamburg aus Kopenhagen der Arbeiter Karl Nieter (geb. 5.11. - unleserlich:Jahr und Geburtsort, K.B. -) wegen Vorbereitung zum Hochverrat überstellt.

Nieter, der früher Mitglied der KPD und Ende 1933 nach Kopenhagen emigriert war, hatte sich bis Anfang 1940 als Instrukteur der Abschnittsleitung Nord betätigt. In dieser Eigenschaft hatte er wiederholt Reisen nach Hamburg unternommen, um Anweisungen für die illegale Arbeit zu erteilen und illegales Material abzuliefern. Gleichzeitig hatte er Lage- und Stimmungsberichte aus dem Reich gesammelt und zur Verwertung in illegalen Flugblättern weitergeleitet. Von 1940 ab hatte er der Auslandsleitung der KPD in Kopenhagen angehört, die gemäß Weisung der Komintern einen kommunistischen Parteiapparat in Hamburg-Harburg aufziehen sollte. Anlässlich der Festnahme konnten illegale kommunistische Druckschriften sowie auf die Zersetzung der Wehrmacht gerichtete Material gefunden werden." (6)

29.8.1941 "KPD und andere marxistische Organisationen"
"Die Stapostelle Bremen nahm den Arbeiter Heinrich Jos. Johs. Neufeld (geb. 11.1.99 zu Bremen, wohnhaft daselbst), der früher Funktionär der KPD war, in Haft, weil er in einem Lokal kommunistische Lieder gesungen hatte." (7)

1.9.1941 "KPD und andere marxistische Organisationen"
KPD-Abschnittsleitung Nord

"Weiter wurde von der gleichen Stapoleitstelle (d.i. Hamburg, K.B.) im Zuge der Aktion gegen die Abschnittsleitung "Nord" der illegalen KPD in Dänemark (vgl. Meldung Nr. 10 vom 22.8.1941, S. 4 (8)) der Arbeiter Georg Börsch (geb. am 7.3.97 zu Oberleppe) festgenommen. Börsch war 1934 nach Kopenhagen emigriert, wo er sich zunächst mit der Verbreitung kommunistischen Schriftmaterials befaßt und später als Instrukteur der Abschnittsleitung "Nord" für den Bezirk Lübeck betätigt hatte."

5.9.1941 "KPD und andere marxistische Organisationen"
KPD-Abschnittsleitung Nord

"In der Hochverratsache Mannbar wurde der Stapoleitstelle Hamburg (vergl. Meldung Nr. 1 vom 1.9.1941, S.3 (9)) noch der von der Stapoleitstelle Dresden festgenommene Kohlenarbeiter Edwin Liebscher (geb. am 28.2.03 zu Berthelsdorf, wohnhaft daselbst) überstellt. Liebscher, der wegen Vorbereitung zum Hochverrat mit 3 Jahren Zuchthaus bestraft ist, steht im Verdacht, sich für die Gruppe "Abschnittsleitung Nord der KPD" durch den Bezug von kommunistischem Schriftenmaterial betätigt zu haben."

12.9.1941 "KPD und andere marxistische Organisationen"
"Von der Stapostelle Kiel wurde der Hilfsschmied Karl-Heinz Glöde (geb. 7.7.22 zu Dörling, wohnhaft in Edendorf), der auf seiner Arbeitsstelle kommunistische Parolen geschmiert hatte, festgenommen."

19.9.1941 "KPD und andere marxistische Organisationen"
"Der holländische Staatsangehörige Nieter Peter Slijkhuis (geb. am 22.4.17 zu Leiden, wohnhaft in Niendorf/Ostsee) wurde von der Stapostelle Kiel wegen Anbringens kommunistischer Schmierereien festgenommen."

22.9.1941 "KPD und andere marxistische Organisationen"
"Besmierungen mit den Zeichen Hammer und Sichel oder kommunistischen Schlagwörtern erfolgten im Bereich der Stapo(leit)stellen Braunschweig, Brünn, Chemnitz, Dortmund, Kiel, Koblenz, Nürnberg, Reichenberg und Weimar."

26.9.1941 "KPD und andere marxistische Organisationen"
KPD-Abschnittsleitung Nord

"Anläßlich der Aufrollung der Abschnittsleitung Nord der KPD (vergl. Meldung Nr. 3 vom 5.9.41, S. 6 (10))

wurde durch die Stapoleitstelle Hamburg der Arbeiter Paul Cwoidrak (geb. am 1.2.05 zu Sande, wohnhaft in Reinbek) wegen des Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat festgenommen. Cwoidrak, der früher Mitglied der KPD, der RH sowie des RFB (11) war und nach der Machtübernahme bereits dreimal wegen Verdachts kommunistischer Tätigkeit in Haft eingesessen hatte, wird beschuldigt, für die deutsche Emigration in Dänemark Geldsammlungen vorgenommen und Nachrichtenmaterial geliefert zu haben."

"Die Stapostelle Kiel nahm 1 holländischen Staatsangehörigen in Haft, weil er auf seiner Arbeitsstelle, einem Rüstungsbetrieb, wiederholt kommunistische Schmierereien begangen (sic!) hatte."

29.9.1941 "Sonstige Opposition"

"In Kiel wurde eine Gruppe männlicher Jugendlicher erfaßt, die sich unter bewußter Ablehnung jeglicher vaterländischer Gesinnung zu einer Clique "CdP" (Club der Plutokraten (12)) zusammengeschlossen und Anschluß an die Anfang dieses Jahres in Hamburg aufgelöste "Swingjugend" (vgl. "Meldung" Nr. 2 v. 5.2.1941, S. 4/5) gesucht hatten. Im Verkehr untereinander bezeichneten sich die Angehörigen dieses Clubs mit Rufnamen englischer Herkunft und waren auch sonst bemüht, englische Manieren nachzuahmen sowie ein betont lässiges Benehmen zu zeigen. Weiter bevorzugten sie englische Schlagermusik, die bei jeder passenden Gelegenheit vor sich hingesummt oder gepfiffen wurde. Beim Tanzen bemühte man sich zu "hotten" oder zu "swingen".

Der deutsche Gruß ist von den Cliques-Mitgliedern gegenseitig nie angewandt worden. Gelegentlich grüßten sie sich mit "Swing-Heil". Der erzieherische Wert der Hitlerjugend, des Reichsarbeitsdienstes und der Wehrmacht wurde abgelehnt. Als äußerliches Zeichen der Cliques-Zugehörigkeit trugen die Burschen das Kopfhair in Nachahmung der aufgelösten Hamburger Cliques im Nacken auffallend lang. Geplant war ferner, einen steifen Hut, ein in der Form eines Regenschirms gehaltenes Ansteckzeichen und am Arm einen Regenschirm zu tragen. Einige der Burschen werden beschuldigt, auch ausländische Sender abgehört zu haben."

29.9.1941 "Sonstiges"

"Wegen dringenden Verdachts der Sabotage in Tateinheit mit Verbrechen gemäß § 324 RStGB (12a) wurde von der Stapostelle Kiel der Bäckergehilfe X (geb. 1909 zu Kiel) festgenommen. X war in der Brotfabrik Y in Kiel beschäftigt und hatte dort die Mehlmischmaschine zu bedienen. Seit etwa Juni 1941 hatte er in verbrecherischer Absicht wiederholt tote Mäuse, Holzspäne, Bindfadenreste, Glassplitter und Eisenteile in die im Betrieb befindliche Mehlmischmaschine geworfen. Er ist

geständig und gibt als Grund für seine Handlungsweise Verärgerung über ihm erteilte Zurechtweisungen seitens seines Meisters an. X wurde dem Richter zugeführt, der Haftbefehl gegen ihn erließ.

In Zusammenhang mit dieser Sache wurde gegen den Rechtsanwalt und Notar Hans Macht (geb. 30.3.81 zu Nordhausen) ein Strafverfahren wegen Begünstigung eingeleitet. Macht hatte sich als Wahlverteidiger des X unter Umgehung der Stapoestelle Kiel eine Sprecherlaubnis für den im Gerichtsgefängnis einsitzenden X verschafft und diesen zur Widerrufung seines Geständnisses veranlaßt. X hat indessen das bereits widerrufenen Geständnis erneuert." (12b)

10.10.1941 "KPD und andere marxistische Organisationen"
"Von der Stapoestelle Kiel wurde der Schuhmacher Max Geißler (geb. am 7.9.97 zu Dresden), der eine Kurieranlaufstelle der illegalen KPD unterhalten und kommunistisches Schriftenmaterial bezogen hatte, festgenommen."

3.10.1941 "KPD und andere marxistische Organisationen"
KPD-Abschnittsleitung Nord

"In Fortführung der Ermittlungen gegen die "Abschnittsleitung Nord der KPD" (vgl. Meldung Nr. 12 v. 26.9.41, S. 4 (13)) wurde von der Stapoestelle Hamburg noch der Schlosserhelfer Robert Homeyer (geb. am 15.10.08 zu Harburg, wohnhaft in Hamburg-Harburg) wegen Vorbereitung zum Hochverrat festgenommen. Homeyer, der früher Mitglied des KJVD und der KPD war, hatte mit Instruktoren der bezeichneten Gruppe zum Zwecke des Bezugs illegalen Schriftenmaterials Verbindung unterhalten, außerdem ausländische Sender abgehört sowie kommunistische Mundpropaganda betrieben."

15.10.1941 "KPD und andere marxistische Organisationen"

"Die Stapoestelle Kiel nahm den Heizer Jonny Brauer (geb. am 15.6.88 zu Hamburg, wohnhaft Lübeck) in Haft. Brauer, der bereits wegen Vorbereitung zum Hochverrat mit 2 Jahren Zuchthaus vorbestraft ist, hatte eine Kurieranlaufstelle der illegalen KPD in Kopenhagen unterhalten und die Bestrebungen um die Wiedererrichtung kommunistischer Gewerkschaften im Reich unterstützt.

Ebenfalls wegen Betätigung für die illegale KPD in Dänemark wurde an die gleiche Stapoestelle aus Kopenhagen der Reichsangehörige Wilhelm Friedrich Westphal (geb. am 4.12.98 zu Flensburg, wohnhaft gewesen Ribe/Dänemark) überstellt."

22.10.1941 "KPD und andere marxistische Organisationen"
KPD-Abschnittsleitung Nord

"Bei Aufrollung der "Abschnittsleitung Nord" der KPD (vgl. Meldung Nr. 12 vom 26.9.1941, S. 4 (14)) wurden in Dänemark noch folgende 2 Personen festgenommen und

der Stapoleitstelle Hamburg überstellt: Schuhmacher Max Geißler (geb. 7.9.87 Dresden, wohnhaft Travemünde) und Heizer Jonny Bruer (geb. 15.6.88 zu Hamburg, wohnhaft Lübeck). Geißler, der langjähriges Mitglied und zuletzt Leiter der Jugendbewegung der SPD (-schwer leserlich, könnte auch KPD heißen, K.B. -) war, und Bruer, der wegen Vorbereitung zum Hochverrat mit 2 Jahren Zuchthaus vorbestraft ist, standen mit einem Instrukteur der erwähnten Abschnittsleitung in illegaler Verbindung." (15)

27.10.1941 "KPD und andere marxistische Organisationen"

KPD-Abschnittsleitung Nord

"Bei der Aufrollung der "Abschnittsleitung Nord" der illegalen KPD (vgl. Meldung Nr. 10 v. 22.10.41, S. 10 (16)) nahm die Stapoleitstelle Hamburg noch den Arbeiter Johannes Pudlich (geb. am 25.5.85 zu Altona, wohnhaft in Hamburg-Altona) in Haft. Pudlich war als Verbindungsperson der genannten Gruppe tätig und wird außerdem beschuldigt, Stimmungsberichte aus Betrieben geliefert zu haben."

31.10.1941 "KPD und andere marxistische Organisationen"

KPD-Abschnittsleitung Nord

"Im Zuge der Ermittlungen gegen die "KPD-Abschnittsleitung Nord" (vgl. Meldung Nr. 12.10.41, S. 5 (17)) wurde auf Veranlassung der Stapoleitstelle Hamburg in Kopenhagen noch der Dreher Paul Helms (geb. am 13.10.01 zu Hamburg) festgenommen. Helms war vor der Machtübernahme Mitglied der KPD und RH sowie Betriebsobmann der RGO (18); er ist wegen illegaler kommunistischer Betätigung mit 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus vorbestraft. Im Jahre 1936 war er nach Dänemark emigriert, wo er Emi-Leiter und später Mitglied der "Abschnittsleitung Nord" der KPD geworden ist.

Weiter wurden in der gleichen Sache von der Stapostelle Kiel der Heizer Jonny Bruer (geb. am 15.6.88 zu Hamburg, wohnhaft in Lübeck) und der Schuhmacher Max Geißler (geb. 7.9.87 zu Dresden, wohnhaft in Lübeck-Travemünde) festgenommen. Beide hatten bis Ende 1938 mit der illegalen KPD in Dänemark in Verbindung gestanden und unter anderem kommunistisches Schriftenmaterial in Empfang genommen." (19)

5.11.1941 "Wirtschaftsfragen"

"In Russee (Stapostelle Kiel) wurde die dort wohnhafte Ehefrau X, geb. Y (geb. 1899 Russee) festgenommen. Die X wird beschuldigt, aus dem Geschäft ihres Ehemannes insgesamt 370 kg Butter ohne Entgegennahme der Marken an ihre Kunden verkauft bzw. im eigenen Haushalt verbraucht zu haben. Um in den Besitz dieser Mengen zu gelangen, hatte sie fortgesetzt die Bezugscheine gefälscht."

17.11.1941 "KPD und andere marxistische Organisationen"

KPD-Abschnittsleitung Nord

"Bei den weiteren Ermittlungen gegen die "Abschnittsleitung Nord der KPD" wurden wegen Vorbereitung zum Hochverrat noch der Gemüsehändler Otto Dreyer (geb. 11.6.1890 Reichswalde, wohnhaft Hamburg-Harburg) und die Ehefrau Emma Quest, geb. Rehm (geb. 4.4.1881 Otterndorf, wohnhaft Hamburg-Harburg) festgenommen (vgl. Meldung Nr. 14 vom 31.10.1941, S. 4 (20)). Dreyer, der früher Mitglied der KPD und des "Internationalen Bundes der Kriegspfer" war, hatte mit dem Instrukteur der genannten Abschnittsleitung, Karl Nieter, und außerdem mit dem Leiter der illegalen KPD in Hamburg-Harburg in Verbindung gestanden. Quest, früher Mitglied der Roten Hilfe, hatte dem Nieter illegales Quartier gewährt und Stimmungsberichte über die Verhältnisse in Harburg geliefert, die sodann in Flugschriften der "Abschnittsleitung Nord" ihren Niederschlag fanden. Karl Nieter konnte bereits im August 1941 festgenommen werden (vgl. Meldung Nr. 10 vom 22.8.1941, S. 4 (21))."

5.12.1941 "KPD und andere marxistische Organisationen"

"Die Stapostelle Kiel nahm den Karteiführer Ernst Hache (geb. 16.5.1923 Niederkamnitz, wohnhaft Kiel) wegen kommunistischer Propaganda in Haft. Der Genannte hatte auf der Arbeitsstelle einen Arbeitskameraden fortgesetzt mit "Heil Moskau" begrüßt und seine Arbeitsunlust zum Ausdruck gebracht. Durch das Verhalten des H. war der Arbeitskamerad so beeinflusst worden, daß er bereits in einem Falle dazu überging, eine Toilettentür mit kommunistischen Schlagwörtern zu beschmierem."

5.1.1942 "KPD und andere marxistische Organisationen"

KPD-Abschnittsleitung Nord

"Die Ermittlungen der Stapoleitstelle Hamburg gegen die illegale "KPD-Abschnittsleitung Nord" (vgl. Meldung Nr. 7 v. 17.11.1941, S. 3 (22)) führten nunmehr auch zur Festnahme des sog. 2. Funktionärs dieser Gruppe. Es handelt sich um den früheren kommunistischen Reichstagsabgeordneten Conrad Blenkle (geb. am 28.10.01 zu Berlin), der bis Ende 1933 im Reich illegal gearbeitet, sich dann im Saargebiet und später in Holland, der Schweiz sowie in Frankreich aufgehalten hatte. In der Schweiz war er als Leiter der "Abschnittsleitung West der KPD" tätig. Mit der Festnahme des Blenkle konnte die Aktion gegen die bezeichnete Gruppe abgeschlossen werden." (23)

23.1.1942 "KPD und andere marxistische Organisationen"

"Beschmierungen kommunistischer Tendenz wurden in den Vereinigten Aluminiumwerken Lautawerk (Stapostelle Frankfurt/Oder) und an den Toilettentüren eines Gemeinschaftshauses auf Helgoland (Stapostelle Kiel) vorgefunden."

28.1.1942 "Wirtschaftsfragen"

"Wegen Verstosses gegen die Kriegswirtschaftsbestimmungen nahm die Stapostelle Kiel den Meiereibesitzer X (geb. 1909 Ladelund, wohnhaft in Achtrup), den Kaufmann Y (geb. 1904, Klixbüll, wohnhaft in Leck) und die Schreibhilfe Z (geb. 1903 Stadum, wohnhaft Leck) in Haft. X hatte insgesamt 665 kg Butter ohne Bezugsberechtigung an den Kaufmann Y abgegeben, von dem die Butter wiederum ohne Entgegennahme von Marken an Verbraucher verkauft worden ist. Die Z war als Schreibhilfe des Y hierbei behilflich."

6.2.1942 "Juden"

"Von der Stapostelle Kiel wurde der Jude X (geb. 1913 zu Berlin, wohnhaft in Kiel) wegen Rassenschande (24) und anderer Straftaten festgenommen. X ist überführt, als Angehöriger der Wehrmacht am 23. Oktober 1939 vor dem Standesamt Kiel mit einer deutschblütigen Arbeiterin unter eidesstattlicher Versicherung, arischer Abstammung zu sein, die Ehe in Form der Kriegstrauung geschlossen zu haben. X war am 1. Februar 1941 aus dem Heeresdienst entlassen worden und lebte seitdem in Ehegemeinschaft mit der ihm angetrauten Deutschblütigen."

2.3.1942 "KPD und andere marxistische Organisationen"

"Von der Stapostelle Kiel wurde ein mit Schreibmaschine geschriebenes Flugblatt "Volksgenosse", das von Breslau aus versandt worden war, erfaßt. Die Schrift beschäftigt sich in hetzerischer Weise mit der "lügenrischen" Propaganda des nationalsozialistischen Deutschlands und fordert zur Sabotage auf. Am Schluß des Flugblatts heißt es: "Nieder mit unseren Unterdrückern! Neue Freiheitsbewegung!"

11.5.1942 "KPD und andere marxistische Organisationen"

"Beschmierungen mit kommunistischen Parolen wurden, z.T. in Rüstungsbetrieben, in den Bereichen der Stapostellen Chemnitz, Kiel, Saarbrücken und des Befehlshabers der Sipo und des SD in Straßburg festgestellt."

16.5.1942 "KPD und andere marxistische Organisationen"

"Die Stapoleitstelle Hamburg nahm die kroatischen Arbeiter Handzic, Milovcic, Strbulec und den französischen Dolmetscher Scheimann, die sämtlich im Arbeitsgemeinschaftslager in Geesthacht untergebracht waren, wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Haft. Handzic war Leiter einer kroatischen kommunistischen Gruppe in dem genannten Lager und wiederholt in Versammlungen, zu denen er selbst geworben hatte, als Redner aufgetreten. Milovcic und Strbulec werden der Teilnahme an diesen illegalen Versammlungen beschuldigt. Scheimann, ehemaliges Mitglied des französischen Eisenblecharbeiterverbandes, angeblich Mischling 2. Grades (25), wird der Organisation und Leitung einer kommunistischen Gruppe von französischen Arbeitern und Arbeiterinnen

im gleichen Lager sowie der Aufrechterhaltung illegaler Beziehungen nach Paris beschuldigt."

20.3.1942 "KPD und andere marxistische Organisationen"
"Die Stapostelle Kiel nahm den Maurer Theodor Dierk (geb. am 26.10.1882 in Rieseby, wohnhaft Kiel) wegen fortgesetzter defaitistischer Äußerungen in Haft. Dierk, ein alter Marxist (26), hatte u.a. erklärt: "Es wird weitergekämpft, aber in Deutschland!" Er wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat dem Gericht überstellt."

10.4.1942 "KPD und andere marxistische Organisationen"
Die Stapostelle Dortmund nahm den Händler Wilhelm Schmitz (geb. am 15.9.89 zu Lütgendortmund, wohnhaft Soest), die Stapoleitstelle Düsseldorf den Rohrzieher Friedrich Ottmann (geb. am 12.4.04 zu Riemke, wohnhaft Duisburg) und die Stapostelle Kiel den Elektromechaniker Paul Hengesbach (geb. am 29.9.07 zu Werdohl, wohnhaft Kiel) in Haft. Die Genannten werden beschuldigt, sich aus ihrer kommunistischen Einstellung heraus auf ihrer Arbeitsstelle wiederholt in defaitistischen und staatsfeindlichen Sinne geäußert zu haben. Hengesbach war früher Funktionär der KPD."

17.4.1942 "Presse"
"Von dem allgemeinen Verbot der deutschsprachigen ausländischen Zeitungen wurde im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda ausgenommen: "Nordschleswigsche Tageszeitung", Apenrade (vgl. Meldung Nr. 6 v. 15.4.42, S. 11 (27))."

8.5.1942 "Wirtschaftsfragen"
"Von der Stapostelle Kiel wurden der Oberingenieur X (geb. 1903 zu Cottbus, wohnhaft Neumünster), die Ehefrau X, geb. Y (geb. 1896 zu Berlin, wohnhaft Neumünster) und der Abteilungsleiter Z (geb. 1901 zu Saalfeld, wohnhaft Neumünster) festgenommen. Der X und Z hatten unter Ausnutzung ihrer Stellung als leitende Angestellte der Firma Land- und See-Leichtbau, Werk Neumünster (28), Möbelstücke und Gebrauchsgegenstände zu Privatzwecken aus werkeigenem Material von uk-gestellten Rüstungsarbeitern während der Arbeitsstunden anfertigen lassen. Außerdem werden sie beschuldigt, Schweine schwarzgeschlachtet und größere Mengen bezugsbeschränkter Waren im Schleichhandel erworben zu haben. Die Ehefrau X wird der Mittäterschaft beschuldigt."

18.5.1942 "Wirtschaftsfragen"
"Wegen Vergehens gegen die Kriegswirtschaftsverordnung vom 4.9.1939 (29) nahm die Stapostelle Kiel den Chefarzt des Kreiskrankenhauses in Eutin Dr. X (geb. am 8.6.1886 zu Stadthagen) in Haft. Dr. X wird beschuldigt, an der Gemeinschaftsverpflegung des Kreiskrankenhauses in Eutin teilgenommen und gleichzeitig

von Anfang April 1941 bis etwa Mitte Januar 1942 seine vollen Lebensmittelkarten bezogen und zusätzlich für sich verbraucht zu haben. Er wurde dem Amtsgericht in Kiel zugeführt, das Haftbefehl erlassen hat."

27.5.1942 "Wirtschaftsfragen"

"Die Stapostelle Kiel nahm den Betriebsführer Dipl. Ing. X (geb. 1901 in Hamburg) und den Betriebsdirektor Y (geb. 1901 in Ratibor) wegen umfangreicher zum Nachteil des Reiches begangener Betrügereien in Haft. Sie wurden dem Richter zugeführt, der Haftbefehl erließ. Die Beschuldigten hatten bei der Ausführung eines Reichsauftrages fingierte Arbeitsstunden in die Lohnlisten eintragen lassen und die danach erstellte Rechnung dem zuständigen Ministerium zur Begleichung vorgelegt. Außerdem hatten sie Privatarbeiten auf Kosten des Rüstungsbetriebes vornehmen lassen."

15.6.1942 "KPD und andere marxistische Organisationen"

"Die Stapostelle Kiel nahm in Zusammenarbeit mit der Stapostelle Brunn den Protektoratsangehörigen (30) Jindrich Brezina (geb. 24.4.1900 Zbrasov, wohnhaft Kiel) in Haft, weil er bis Februar 1941 für die illegale KPC 631) Mitgliedsbeiträge gezahlt und Flugblätter verbreitet hatte."

3.7.1942 "Wirtschaftsfragen"

"Der Molkereiarbeiter X (geb. 1902 Rönna bei Lübeck, wohnhaft Lübeck) wurde von der Stapostelle Kiel festgenommen, weil er seit dem Jahre 1940 insgesamt 8600 Liter Vollmilch dadurch der Bewirtschaftung entzogen hat, daß er sie vorsätzlich in die Gosse laufen ließ. Er wollte durch diese unverantwortliche Handlungsweise seine Entlassung erwirken."

8.7.1942 "Wirtschaftsfragen"

"Der Meierei-Gehilfe X (geb. 1921 zu Sievershütten) hat auf seiner Arbeitsstelle, der Meierei in Wakendorf, den Hahn am Magermilchbehälter wiederholt zur Nachtzeit in böswilliger Absicht geöffnet und die Milch auslaufen lassen. Der dadurch entstandene Verlust wird auf annähernd 10.000 Liter geschätzt. X wurde von der Stapostelle Kiel festgenommen."

18.8.1942 "Wirtschaftsfragen"

"Von der Stapostelle Kiel wurde der Landwirt X (geb. 1881 Husum-Rödemis, wohnhaft Husum-Land) festgenommen. X wird beschuldigt, der Ernährungswirtschaft dadurch rund 7000 Liter Vollmilch entzogen zu haben, daß er an seine Lidschaft fortgesetzt Vollmilch abgegeben hatte, ohne die Milchkarten zu entwerten. Außerdem hatte er unter Umgehung der Zwangsbewirtschaftung größere Mengen an Vollmilch an Schweine und Kälber verfüttert. X, der aus Opposition gegen die Maßnahmen des Milch-

wirtschaftsverbandes gehandelt haben will, hat inzwischen Selbstmord begangen."

25.8.1942 "Feindpropaganda"

"In der Nacht zum 14. August 1942 wurde in der Provinz Schleswig-Holstein durch Feindflieger das in dänischer Sprache gehaltene Flugblatt "Hilsen fra England - No. 1" (32) - Kenn-Nr. D 4 - abgeworfen."

16.10.1942 "Feindpropaganda"

"Am 2. Oktober 1942 wurde im Bereich der Stapostelle Kiel das Feindflugblatt "Völkischer Beobachter v. 10.10.41" mit der Überschrift "So log Hitler 1941" auf der Titelseite abgeworfen."

30.10.1942 "Feindpropaganda"

"Anfang Oktober 1942 wurde in den Bereichen der Staatspolizei(leit)stellen Frankfurt a.M., Kiel, Koblenz, Köln und Münster das Feindflugblatt "Denk' bei jeder Bombe dran, das fing Adolf Hitler an!" - Kenn-Nr. G 56 - abgeworfen."

11.12.1942 "Sabotage"

"Soldat X, geb. 1923 zu Kiel, - wohnhaft in Kiel-Elmschenhagen -, z.Zt. Mar. Artl. (33), wurde vom Gericht des Marinebefehlshabers Dänemark (34) wegen vorsätzlicher Wehrmittelbeschädigung zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er als Dreher bei der Torpedoversuchsanstalt Eckernförde von Juni 1941 bis April 1942 200 Verschraubungen absichtlich fehlerhaft hergestellte hatte, um seine Entlassung zu erzwingen. Der Dreher Y, geb. 1921 zu Berlin, - wohnhaft in Hamburg-Lohbrügge -, wurde am 7.10.1942 vom Feldkriegsgericht wegen leichtfertiger Wehrmittelbeschädigung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er im Kurbelwellenwerk Glinde bei Bergedorf als Werksoldat und Rüstungsarbeiter 4 Kurbelwellen für Flugzeugmotoren so schadhafte hergestellt hatte, daß sie als Ausschuß bezeichnet werden mußten."

22.1.1943 "Sabotage"

"Von der Stapostelle Kiel wurde der französische Zivilarbeiter X, geb. 1911 zu Epannes, festgenommen, weil er in einem Rüstungsbetrieb in Kiel aus einem Reserveförderband 2 Stück von je 1,10 m Länge herausgeschnitten hatte, angeblich um sich Einlegesohlen herzustellen."

26.1.1943 "Sonstiges"

"In letzter Zeit mußten sich zahlreiche Stapo(leit)stellen, u.a. Frankfurt/M., Münster, Saarbrücken, Dresden, Hannover, Wien, Koblenz und Berlin, mit politischen jugendlichen Banden beiderlei Geschlechts befassen, die in ihrem Verhalten der vorwiegend in Hamburg und Kiel aufgetretenen Swing-Jugend ähneln (vgl. hierzu die Meldungen Nr. 2 v. 5.2.41 und Nr. 13

v. 29.9.41 (35)). Diese Banden sind wie die Swing-Jugend überwiegend anglophil eingestellt und bevorzugen Jazzmusik, Swing-Tanz und englische Schlager. Ferner wurden Jugendliche festgestellt, die sich mit Hilfe gefälschter Ausweise und Phantasieuniformen als Polizeistreifen ausgaben, Amtshandlungen begingen, Geldstrafen einzogen und für sich verbrauchten. Darüber hinaus sind in den Abendstunden Oberfälle verübt, Strassenpassanten angepöbelt und belästigt worden. Staatspolizeiliche Maßnahmen wurden eingeleitet."

12.2.1943 "Sabotage"

"Die Stapostelle Kiel nahm die Arbeiterin X, geb. 1914 zu Gadeland, fest, die als Angehörige eines Rüstungsbetriebes in Neumünster in mehreren Fällen die Verklebung der Ringnähte an Tauchrettern, die für Flugzeug- und U-Boot-Besatzungen bestimmt sind, vorsätzlich fehlerhaft ausgeführt hatte, um verbummelte Arbeitszeit einzuholen und ihren Akkordsatz zu erreichen.

Seit Ende Dezember 1942 wurden, wie die Stapostelle Kiel mitteilt, in Quickborn und Umgebung (Provinz Schleswig-Holstein) wiederholt Telefon- und Hochspannungsleitungen zerschnitten, Kabelfasern abgetrennt und die Kabelverschlüsse zerstört. Zahlreiche Betriebsstörungen waren die Folge."

26.2.1943 "Sabotage"

"Die Staatspolizeistelle Kiel hat am 7. Januar 1943 den franz. Zimmermann Marcelle Mauborget, geb. am 26.3.1903 zu St. Lyvrade, und den ital. Maurer Severino Moacatelli, geb. am 15.9.1898 zu Mulazzo, festgenommen, weil sie es bei dem Bau von U-Boot-Bunkern auf der Kriegsmarinewerft Kiel unterlassen hatten, die vorgeschriebene Menge Zement dem Beton beizumischen, wodurch die Haltbarkeit des wehrwichtigen Bauwerks in Frage gestellt wurde."

5.3.1943 "Sabotage"

"Das Schiff "Anna" des Nachrichtenmittelerprobungs-Kommandos in Kiel wurde, wie die Stapostelle Kiel mitteilt, für Zwecke der Kriegsmarine auf der Werft Kähler u. Braun in Korsör/Dänemark von dänischen Arbeitern unter der Leitung der Bauaufsicht der Kriegsmarine umgebaut. Nach störungsloser Probefahrt und Ausführung kleiner Restarbeiten trat das Schiff eine Fahrt nach Assens an. Diese Fahrt mußte nach einer Fahrzeit von etwa 6-7 Stunden wegen Verstopfung der Brennstoffzufuhr unterbrochen werden. Als Ursache der Verstopfung wurde ein Flaschenkorken in der Brennstoffleitung in der Nähe des Motors vor einem T-Stück festgestellt. Außerdem drang während der Fahrt Seewasser in den Maschinenraum ein. Eine Überprüfung der gesamten Maschinenanlage ergab, daß bei der Benutzung eines besonderen Hilfsaggregates das angesaugte Kühl-

Wasser in den Maschinenraum eindringen konnte, weil in der Lenzleitung ein Ventilkegel fehlte. Die Vorfälle werden auf vorsätzliche Sabotagehandlungen durch dänische Arbeiter der Werft Kähler u. Braun zurückgeführt.

Außerdem meldet die Stapostelle Kiel folgende Sabotagefälle: In einer Werft in Kiel-Gaarden wurden in den letzten Monaten verschiedentlich in den Rohrleitungen für die Kühlwasseranlagen von U-Booten Holzpropfen gefunden. - Fünf von einer militärischen Baustelle in Diepholz an die "Erweiterte Fl. Geräteausgabe- und Sammelstelle 1/XI" in Lübeck übersandte Maschinengewehre kamen trotz Verpackung in Ölpapier vollkommen versandt an."

9.4.1943 "Tschechische Widerstandsbewegung"

"Von der Stapostelle Kiel wurden am 16. März 1943 dreizehn Protektoratsangehörige wegen dringenden Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit einem Verbrechen gegen die Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen (36) festgenommen. Die Beschuldigten, die als Luftschutz-Polizeimänner bei der Ordnungspolizei in Kiel beschäftigt waren, hatten sich in ihrer Kasernenunterkunft fortgesetzt propagandistisch für die Wiedererrichtung einer selbstständigen tschechischen demokratischen Republik betätigt. Sie gaben hierbei der Hoffnung Ausdruck, daß das Reich bald vernichtet werde und dann der Weg für ihr Ziel frei sei. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit hörten sie den Nachrichtendienst des Londoner Rundfunks in tschechischer Sprache ab, diskutierten über die Nachrichten und werteten sie in ihren Kreisen propagandistisch aus. Die Täter sind dem SS- und Polizeigericht (37) überstellt worden."

30.4.1943 "Kirchenbewegung, Sekten und Okkultismus"

"Gegen den evangelischen Pastor Friedrich Stellbrink, wohnhaft in Lübeck, wurde ein Strafverfahren beim Volksgeschichtshof eingeleitet, weil er ausländische Sender abgehört und Nachrichten ausländischer Sender, die geeignet sind, die Widerstandskraft des deutschen Volkes zu gefährden, vorsätzlich verbreitet hatte. Außerdem hatte er von der Kanzel herab die britischen Terrorangriffe als "Gottesurteile" bezeichnet." (38)

28.5.1943 "Kommunismus und Marxismus"

"Von der Stapostelle Kiel wurden nachstehende Personen wegen kommunistischer Mundpropaganda festgenommen: Filialleiterin Hertha Rehm, geb. am 2.10.21 zu Rensefeld, Arbeiter Heinrich Rehm, geb. am 29.10.76 zu Arfrade, Reinmachefrau Dora Späth geb. Göllner, geb. am 12.10.85 zu Lübeck, Arbeiterin Meta Matthews geb. Laudi, geb. am 11.1.00 zu Rensefeld, Postarbeiterin Elsa Zickelkau geb. Tack, geb. am 2.11.00 zu Rostock,

Ehefrau Erna Seewe geb. Löhndorf, geb. 27.8.01 zu Rensefeld, Ehefrau Frieda Hammer geb. Laudi, geb. 27.11.92 zu Gr. Parin, Ehefrau Martha Timm geb. Kühler, geb. am 1.6.93 zu Gr. Parin, Arbeiterin Frieda Prien geb. Grebbet, geb. am 29.5.87 zu Rensefeld, Ehefrau Erna Grell geb. Meinburg, geb. am 19.11.95 zu Bad Schwartau, Ehefrau Erna Bornhöft geb. Weber, geb. am 27.10.01 zu Gr. Parin, Rentner Friedrich Löhndorf, geb. am 11.8.72 zu Alt-Rappersdorf, Ehefrau Johanna Beth geb. Siehmsen, geb. am 16.10.93 zu Lübeck, sowie Ehefrau Minna Meins geb. Weber, geb. am 12.10.89 zu Gr. Parin - sämtlich wohnhaft in Rensefeld.

Die Festgenommenen, bei denen es sich größtenteils um ehemalige Mitglieder der SPD bzw. KPD handelt, hatten bei ihren Einkäufen in der Filiale des Gemeinschaftswerkes, die von der Rehm geleitet wurde, die Einrichtungen und Maßnahmen des nationalsozialistischen Staates in der gemeinsten und gehämigsten (-sic!) Form angegriffen. Durch die von ihnen betriebene Propaganda und durch die Verbreitung von Hetznachrichten waren mehrere Mitglieder der NS-Frauenschaft so beeinflusst worden, daß sie sich von den Parteiveranstaltungen zurückzogen. Der Arbeiter Heinrich Rehm und die Ehefrau Minna Meins haben nach ihrer Festnahme Selbstmord verübt. Gegen die übrigen Personen wurde vom Amtsrichter in Lübeck Haftbefehl erlassen."

11.6.1943 "Sabotage"

"Von der Stapoleitstelle Hamburg wurde das Gefolgschaftsmitglied der Sprengstofffabrik Krümmel (DAG) X, geb. 1907 zu Hamburg, festgenommen. X hatte auf seiner Arbeitsstelle eine Plexiglasscheibe, die sich an der Entgiftungs- und Entlüftungshaube einer Presse befindet, vorsätzlich zerstört und dadurch die übrigen Gefolgschaftsmitglieder der Gefahr ausgesetzt, sich durch den sehr giftigen Sprengstoffstaub schwere Gesundheitsschädigungen zuzuziehen.

Die Stapostelle Kiel nahm den Schweißer Hermann Spiering, geb. am 26.10.00 zu Lägerdorf, und den Schlosser Wilhelm Köhnke, geb. am 11.6.08 zu Krempermoor, wegen Sabotageverdachts fest. Spiering und Köhnke waren damit beauftragt worden, eine Feuerlöschanlage für eine Entstäubungsmaschine herzustellen. Während Spiering das Wasserrohr mit einem Papierpfropfen verstopft und somit die Anlage für Löschzwecke unbrauchbar gemacht hatte, unterließ es Köhnke als aufsichtsführender Schlosser, die Betriebsführung hiervon in Kenntnis zu setzen. Der Papierpfropfen sollte angeblich das Eindringen des Baumwollstaubes verhüten. Spiering ist bereits im Jahre 1936 wegen Vorbereitung zum Hochverrat bestraft worden."

23.7.1943 "Sabotage"

"Die Stapostelle Kiel nahm den Ostarbeiter X (geb. 1924 zu Protzjawka), der als Sandstrahler in einem Werftbetrieb in Kiel beschäftigt war, in Haft. X hatte aus Verärgerung über eine Zurechtweisung eine Torpedolademaschine im Gewicht von 250 kg vom Werkstisch auf den Boden des Raumes geworfen, wodurch ein Schlauch der Frischluftleitung durchschlagen, sowie der Schlauch eines Sandstrahlgebläses und eine Torpedolademaschine beschädigt wurden."

13.8.1943 "Feindpropaganda"

"Im Bereich der Staatspolizei(leit)stellen Hamburg, Kiel, Koblenz und Köln wurden die Feindflugblätter "Führerworte" - Kenn-Nr. G 44 - und "Luftpost-Extrablatt" - Kenn-Nr. G 42 - abgeworfen."

13.8.1943 "Sabotage"

"Die Staatspolizeistelle Kiel nahm den Arbeiter X (geb. 1910 zu Neumünster) in Haft, weil er aus einem Waggon eines Güterzuges ein Manometer entfernt hatte, so daß die Bremsen des Waggons nicht mehr festgestellt werden konnten."

24.9.1943 "Sabotage"

"Von der Stapostelle Kiel wurde die Ostarbeiterin Anna Schabanowa (geb. am 2.8.22 zu Charkow) festgenommen, weil unter ihrem Einfluß eine aus Ostarbeitern und Polen bestehende kommunistische Terrorgruppe gegründet worden war. Die Schabanowa war in ihrer Heimat Gruppenleiterin des Komsomol (39) gewesen. Insgesamt wurden bisher von dieser Organisation 10 Ostarbeiter und Polen festgenommen."

10.12.1943 "Kommunismus"

"Wegen dringenden Verdachts der Zersetzung der Wehrkraft (40) und der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens wurden von der Stapostelle Kiel folgende französische Zivilarbeiter festgenommen: Henri Richard (geb. am 7.3.09 zu Bousies), Poul Philippe (geb. am 4.8.00 zu Paris), Poul Delalande (geb. 5.3.00 zu Rennes) und August Ley (geb. am 2.12.10 zu Belfort). Die Beschuldigten, die in einem Gemeinschaftslager in Wattenbek bei Kiel untergebracht waren, haben dort fortgesetzt auf die übrigen Lagerbewohner im kommunistischen Sinne eingewirkt, Nachrichten des Londoner Senders in französischer Sprache abgehört und in Urlaub fahrende Franzosen dazu bewegt, nicht wieder nach Deutschland zurückzukehren. Bei dem Beschuldigten Ley handelt es sich um einen früheren Delegierten des französischen "Syndicats", der im Jahre 1936 in Paris einen Streik der Holzarbeiter ausgelöst hatte. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Weitere Festnahmen stehen bevor. ...

28.4.1944 "Illegale Jugendbewegung"

"Von der Stapostelle Kiel wurde eine Gruppe jugendlicher Personen festgenommen, die sich zu einer "Swing-Clique" zusammengeschlossen hatte. Wie die bereits früher in Hamburg erfaßte "Swing-Jugend" verherrlicht diese Clique englische Sitten und Gebräuche. Die Cliquen-Angehörigen waren allgemein gegen die HJ und besonders gegen den HJ-Streifendienst eingestellt. Sie wollten sich von der HJ nicht ihre Freizeitgestaltung vorschreiben lassen. Anführer der Bande war der Seemann Heinz-August Petersen (geb. am 1.3.24 zu Itzehoe), der in den Zusammenkünften wiederholt anregte, sich zu bewaffnen, um besser gegen den HJ-Streifendienst vorgehen zu können. Einige Jugendliche beschafften sich daraufhin - z.T. gestohlene - Pistolen. Auf das Konto dieser Bande kommen neben einem Überfall auf ein HJ-Heim zahlreiche Zigaretten- und Alkoholdiebstähle. In den Zusammenkünften äußerte sich Petersen in abfälliger Form über den Führer und die nationalsozialistischen Einrichtungen. Er und auch andere Mitglieder vertraten die Ansicht, daß Deutschland den Krieg nicht gewinnen werde. Petersen hatte außerdem ausländische Sender abgehört. Gegen die Hauptbeteiligten wurde vom Amtsgericht Kiel Haftbefehl erlassen."

26.5.1944 "Sabotage"

"Am 16.Mai 1944 wurden in der Panzerschule Putlos/Oldenburg (Bereich der Stapostelle Kiel) an 5 wertvollen Panzer-Schüttelständen, die zur Ausbildung von Panzerbesatzungen dienen, schwere Zerstörungen, insbesondere an den optischen Einrichtungen, festgestellt. Die Geräte standen in einer neuerbauten, noch nicht fertiggestellten Halle. Erleichtert wurde der Sabotageakt dadurch, daß die Halle nicht verschließbar und das Schulgelände nur durch einen niedrigen Zaun unzureichend gesichert war."

1.9.1944 "Illegale kommunistische Organisationen unter ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen"

"Die Stapostelle Kiel stellte eine Anlaufstelle für Polen bei einem reichsdeutschen Ehepaar fest, das früher eingeschriebenes Mitglied der KPD war. In der Wohnung der Eheleute wurden ausländische Rundfunkmeldungen abgehört, an denen Personen polnischen Volkstums teilnahmen."

29.9.1944 "Sabotage"

"Vor einiger Zeit wurde ein Fernsprechkabel, das der telefonischen Verbindung für Schiffsmeldungen sowie der Nachrichtenübermittlung bei Feindflügen und Abwurf von Minen im Kaiser-Wilhelm-Kanal diente, so schwer beschädigt, daß ein Teil ausgewechselt werden mußte. Die Feststellungen der Stapoleitstelle (-sic!-) Kiel ergaben, daß der polnische Zivilarbeiter Josef

Trajanski (geb. am 17.11.14 zu Saliesane/Krakau) und der französische Kriegsgefangene polnischen Volkstums Josef Trajanski (geb. am 17.10.05 zu Munchawe) zur Tatzeit in unmittelbarer Nähe der Schadensstelle Ausbesserungsarbeiten an der Weidenumzäunung durchgeführt hatten. Für diese Arbeit führten sie Hammer, Beil und starke Nägel bei sich. Die Spurensicherung ergab den Nachweis, daß die von ihnen verwendeten Werkzeuge zur Tatausführung benutzt worden sind. Auf die "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" Nr.2 v. 14.7.1944, S. 7, wird hingewiesen." (41)

Anmerkungen:

(1) Bei der "Strafsache Mannbar" handelt es sich um ein Sammelverfahren, dem die Gestapo die einzelnen Verhaftungen bei der Aufrollung der "Abschnittsleitung Nord der KPD" zuordnete. Die Ermittlungen wurden federführend von der Staatspolizeileitstelle Hamburg geführt. Die Strafverfahren gegen "Mannbar und andere" fanden vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg statt. Die Verfahrensakten des Gerichts sind weitgehend erhalten (vgl. Ludwig Eiber, "Aktenbestände des ehemaligen (-sic!-) Hanseatischen Oberlandesgerichts", in: AKENS-INFO Nr. 4 (Oktober 1984), S.30). Bis heute fehlt jedoch eine Darstellung über die Tätigkeit der "Abschnittsleitung Nord der KPD" in Kopenhagen und ihre Zerschlagung nach der deutschen Okkupation Dänemarks im April 1940.

Der Auszug über die "Strafsache Mannbar" in der Meldung Nr. 11 vom 27.6.1941, S.5, auf den hier Bezug genommen wird, befindet sich in dem sehr unvollständigen Band 1 der "Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse" (BA R 56, 358). Es sind in diesem Band nur einige wenige Nummern der "Meldungen" aus dem Februar, Juni und Juli 1941 erhalten, die an keiner Stelle auf Ereignisse in Schleswig-Holstein Bezug nehmen.

(2) Es wird darauf verzichtet, die Liste der Festgenommenen eigens wiederzugeben, da die Namen im folgenden genannt werden und die Liste zusätzlich nur die Vornamen, Geburtstage und Geburtsorte der Verhafteten enthält. Wer sich dennoch gerade hierfür interessiert, sei auf die Angaben im Original verwiesen: BA R 56, 195, fol. 68.

(3) "Vorbereitung zum Hochverrat" und "Hochverrat" sind klassische Delikte des politischen Strafrechts. Sie stellen den Versuch sowie entsprechende Vorbereitungen unter Strafe, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt den Bestand des Staates oder seine verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen (vgl. auch §§ 81-85 StGB in der Fassung vom 2.1.1975). Auf Grund der weitgehend offenen Tatbestände war es der NS-Justiz möglich,

nahezu jegliche Widerstandsaktivität unter die "Hochverrats"-Tatbestände zu subsumieren. In der Praxis wurde der Vorwurf "hochverräterischer Umtriebe" allerdings zum Standarddelikt bei der Aburteilung des kommunistischen Widerstands. Dabei waren "Hochverrat" und "Vorbereitung zum Hochverrat" unter der nationalsozialistischen Herrschaft mit der Todesstrafe bedroht (vgl. schon § 5 der "Reichstagsbrand-Verordnung" vom 28.2.1933; Reichsgesetzblatt, Teil I, S.83 - im folgenden "RGBl. I, 83" zitiert-). Überwogen bis Kriegsausbruch bei weitem die Zuchthausstrafen gegen "Hochverräter", so wurden während des Krieges - und insbesondere ab 1942/43 - Tausende von Todesurteilen auf Grund der Strafbestimmungen über "Hochverrat" am Volksgerichtshof, den Oberlandesgerichten und schließlich auch den Sondergerichten verhängt.

Das "Heimtückegesetz" vom 20.12.1934 (RGBl. I, 1269 ff.) war ein Teil des nationalsozialistischen Sonder-Strafrechts. Es stellte vor allem "Behauptungen" unter Strafe, die das "Wohl des Reiches oder das Ansehen der Reichsregierung oder das der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei oder ihrer Gliederungen" vorgeblich "schädigten" (§ 1), und konstituierte darüberhinaus einen besonderen Ehrschutz für die "Persönlichkeiten des Staates oder der NSDAP" gegen "gehässige, hetzerische oder von niedriger Gesinnung zeugende Äußerungen" (§ 2). Das "Heimtückegesetz" fand damit vor allem gegen sogenannte "Miesmacher, Meckerer und Querulanten" Anwendung und diente insbesondere auch zur Bekämpfung der "Führerwitze". Die Bestimmungen des "Heimtückegesetzes" zählen zu den am häufigsten herangezogenen Strafnormen der politischen Justiz im Nationalsozialismus. Die Aburteilung fiel in die alleinige Kompetenz der Sondergerichte. Anfangs wurden meist Gefängnis-, später auch Zuchthaus- und schließlich - in Verbindung mit anderen Delikten - selbst Todesstrafen verhängt.

(4) Zur Lage der deutschen Emigration in Dänemark im allgemeinen und insbesondere zum sozialdemokratisch orientierten Matteotti-Komitee vgl. vor allem: Ole Stender-Petersen, "Den tyske kommunistiske emigration i Danmark 1933-1945", in: "Meddølser om Arbejderbevægelsens Historie", Nr. 10/Juni 1978; Ralf Deppe, "Die sozialdemokratische Emigration in Dänemark - ein Überblick", in: "Grenzfriedenshefte", Heft 2/1984, S. 97-111.

(5) s.o. "Meldung" vom 11.8.1941

(6) Auch über den Einfluß der "Abschnittsleitung Nord der KPD" in Kopenhagen auf den kommunistischen Widerstand in Norddeutschland zwischen 1933 und 1940 fehlt es bislang an einer dezidierten Untersuchung (vgl. schon Anm. 1). Einige Hinweise auf die Bedeutung der "Abschnittsleitung Nord" für Schleswig-Holstein finden

sich allerdings bei Horst Peters, "Proletarischer Widerstand in Schleswig-Holstein", in: Urs J. Diederichs/Hans-Hermann Wiebe, "Schleswig-Holstein unter dem Hakenkreuz", Bad Segeberg o.J. (1985), S. 103-119.

(7) Diese Bremer "Meldung" wurde aufgenommen, weil hier einmal der weitere Weg eines Verhafteten aufgezeigt werden konnte: Heinrich Neufeld wurde nämlich in das KZ Neuengamme eingeliefert und gelangte im September 1944 in das Außenkommando Husum-Schwesing. In Husum fungierte der Bremer Hafenarbeiter als "Lagerältester" und stellte sich - soweit es möglich war - immer wieder schützend vor die Häftlinge aus allen Teilen Europas. Anfang November 1944 wurde Heinrich Neufeld zur SS-Sonderformation Dirlewanger einberufen und fiel - stets reguläre, auf "Deserteure" lauernde SS-Einheiten im Rücken wissend - an der Ostfront (vgl. "Das KZ Husum-Schwesing (Außenkommando des Konzentrationslagers Neuengamme) - Materialien zu einem dunklen Kapitel nordfriesischer Geschichte", hrsg. von Klaus Bästlein, Perke Heldt, Rainer Kühnast, Friedrich Pingel, Thomas Steensen, Martin Vollmer und Helmuth Wlazik, 2. Aufl. Bredstedt/Bräist 1983, S. 40).

(8) s.o. "Meldung" vom 22.8.1941

(9) s.o. "Meldung" vom 1.9.1941

(10) s.o. "Meldung" vom 5.9.1941

(11) "RH" (Rote Hilfe) und "RFB" (Roter Frontkämpfer-Bund) waren in den 20er Jahren gegründete "Massenorganisationen" der KPD. Während die Rote Hilfe vor allem bei Strafverfolgungsmaßnahmen mit Sammlungen für die Prozeßkosten und zur Unterstützung der Angehörigen Verurteilter aktiv wurde, bildete der Rote Frontkämpfer-Bund eine Art paramilitärischer "Schutztruppe" der KPD (siehe hierzu: Kurt Finker, "Geschichte des Roten Frontkämpferbundes", 2. Aufl., Berlin (Ost) 1982).

(12) Die Bezeichnung "Plutokraten" gehörte zu den Zentralbegriffen nationalsozialistischer Kriegspropaganda. Sie wurde zunächst vor allem in Bezug auf die britische, dann auch auf die amerikanische Führungsschicht verwendet. Goebbels ließ nach dem Überfall auf die Sowjetunion das Bild eines deutschen "Freiheitskampfes" gegen die westliche "Plutokratie" und den östlichen "Bolschewismus" in der Propaganda zeichnen. Sowohl hinter den "Plutokraten" als auch hinter den "Bolschewisten" sollte nach Goebbels dann "der Jude" als Drahtzieher beider "deutschfeindlichen" Systeme gezeigt werden.

(12a) § 324 RStGB ("Gemeingefährliche Vergiftung") stellte unter anderem die Beimengung von gesundheitsgefährlichen Stoffen zu Lebensmitteln unter Strafe.

(12b) Das Vorgehen der Gestapo gegen den Rechtsanwalt macht deutlich, daß gegenüber ihren Maßnahmen alle

Rechtsschutzgarantien aufgehoben waren: Der Verhaftete durfte nicht einmal mit seinem Rechtsanwalt sprechen.

Schon § 7 des Preußischen Gesetzes über die Geheime Staatspolizei vom 10.2.1936 lautete folgendermaßen: "Verfügungen und Anordnungen der Geheimen Staatspolizei unterliegen nicht der Nachprüfung durch die Verwaltungsgerichte." (Der Gesetztestext ist wiedergegeben bei Hans Buchheim, "Die SS - das Herrschaftsinstrument", in: Hans Buchheim/Martin Broszat/Hans-Adolf Jacobsen/Helmut Krausnick, "Anatomie des SS-Staates", Band 1, 3. Aufl., München 1982, S. 15-212, insb. S. 46 f.). Die Gestapo agierte also in einem "rechtsfreien Raum", der keiner gerichtlichen Kontrolle mehr unterlag.

(13) s.o. "Meldung" vom 26.9.1941

(14) ebd.

(15) "Geissler" und "Bruer" sind offensichtlich mit den vorgenannten "Geißler" ("Meldung" vom 10.10.1941) und "Brauer" ("Meldung" vom 15.10.1941) identisch. Die richtige Schreibweise der Namen konnte nicht festgestellt werden. Offensichtlich wurden beide Fälle zunächst von der Stapostelle Kiel verfolgt, dann aber auf Grund der generellen Kompetenz für die Aufrollung der "Abschnittsleitung Nord der KPD" an die Stapoleitstelle Hamburg abgegeben (vgl. Anm. 1).

(16) s.o. "Meldung" vom 22.10.1941

(17) s.o. "Meldung" vom 27.10.1941

(18) Die Ende der 20er Jahre gegründete "RGO" (Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition) war die Gewerkschaftsorganisation der KPD.

(19) Hinsichtlich Bruers und Geisslers handelt es sich um eine Wiederholung der "Meldung" vom 22.10.1941 (vgl. Anm. 15).

(20) s.o. "Meldung" vom 31.10.1941

(21) s.o. "Meldung" vom 22. 8.1941

(22) s.o. "Meldung" vom 17.11.1941

(23) Conrad Blenkle hatte sich 1919 der KPD angeschlossen. Von 1924 bis 1928 fungierte er als Vorsitzender des KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands). Der KJVD war die Jugendorganisation der KPD. Von 1928 bis 1930 gehörte Conrad Blenkle - als zeitweilig jüngster Abgeordneter - dem Reichstag an. Im Februar 1932 wurde er wegen der Veröffentlichung mehrerer Artikel über die geheime deutsche Aufrüstung als Schriftleiter des Zentralorgans des KJVD, "Die junge Garde", zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt.

1933 schloß sich Conrad Blenkle dem kommunistischen Widerstand in Berlin an. 1934 folgte die Emigration. 1936 agierte Blenkle dann vorübergehend als Leiter der Bezirksorganisation Nordwest der KPD in Bremen. 1937 wurde er aus der Schweiz ausgewiesen und ging

daraufhin nach Dänemark. In der "Abschnittsleitung Nord der KPD" war er für die Bereiche Danzig, Stettin und Lübeck zuständig. Nach der deutschen Okkupation Dänemarks schloß sich Conrad Blenkle dem dänischen kommunistischen Widerstand an.

Auf die Verhaftung folgten schwere Folterungen Conrad Blenkles durch die Hamburger Gestapo. Anschließend erfolgte die Aburteilung durch die NS-Justiz. Conrad Blenkle wurde am 20.1.1943 in Berlin-Plötzensee justizförmig ermordet (vgl. "Deutsche Widerstandskämpfer - Biographien und Briefe", hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Band 1, Berlin (ost) 1970, S. 127-130).

(24) Nach dem "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" vom 15.9.1935 (RGBl. I, 1146), einem der sogenannten "Nürnberger Gesetze", war der "außereheliche Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen und artverwandten Blutes ... verboten" (§ 2 - "Rassenschande") und wurde mit Zuchthaus oder Gefängnis bestraft (§ 5, Abs. 2). Die deutschen Gerichte interpretierten das Tatbestandsmerkmal des "außerehelichen Verkehrs" in den Folgejahren so ausufernd, daß selbst Blickkontakte als "Rassenschande" verfolgt wurden (vgl. Hans Robinsohn, "Justiz als politische Verfolgung - Die Rechtsprechung in Rassenschandefällen beim Landgericht Hamburg", Stuttgart 1977). Insgesamt sprach die NS-Justiz Tausende von "Rassenschande"-Urteilen. Es erscheint allerdings fraglich, ob der hier genannte Fall 1942 noch an die Justiz abgegeben wurde, da die Gestapo gerade in dieser Zeit immer mehr dazu überging, Juden direkt in Konzentrations-, Vernichtungs- oder aber die östlichen Übergangslager zu deportieren. Auch hatte gerade am 20.1.1942 die "Wannsee-Konferenz" in Berlin stattgefunden, mit der die Pläne zur Vernichtung der europäischen Juden in ihr entscheidendes Stadium traten. Zu den Verfolgungsmaßnahmen gegen die Juden siehe überblicksartig vor allem Wolfgang Scheffler, "Die Judenverfolgung im Dritten Reich", Berlin 1964, und ausführlicher: Raul Hilberg, "Die Vernichtung der europäischen Juden", Berlin 1982 (amerikanische Erstausgabe: "The Destruction of the European Jews", 1961).

(25) Als "Mischlinge 2. Grades" galten nach den nationalsozialistischen "Rassegesetzen" Personen, bei denen ein Großelternanteil jüdischer Herkunft war.

(26) Als "Marxisten" bezeichnete die Gestapo meist ehemalige Mitglieder oder Anhänger der SPD sowie kleinerer sozialistischer Gruppierungen. Kommunisten wurden dagegen in der Regel auch als solche titulierte.

(27) In der Meldung Nr. 6 v. 15.4.42, S. 11, war mitgeteilt worden, daß die "Deutsche Zeitung in der Ukraine" und die "Deutsche Zeitung in Belgrad" vom allgemeinen

Verbot der deutschsprachigen ausländischen Zeitungen ausgenommen wurden.

(28) Die Firma "Land- und See-Leichtbau GmbH, Berlin" produzierte in ihrem Neumünsteraner Werk Luftwaffen-gerät und führte Reparaturen an Flugzeugteilen durch. Am 31.1.1944 zählte allein dieser Neumünsteraner Betrieb 2.328 Beschäftigte (Angaben nach der im Bundesarchiv verwahrten "Reichsbetriebskartei").

(29) Die "Kriegswirtschaftsverordnung" vom 4.9.1939 (RGBl. I, 1762 ff.) stellte vor allem Verstöße gegen die Bewirtschaftungsvorschriften bezüglich lebenswichtiger Erzeugnisse unter Strafe. Bald zählten Verstöße gegen die "Kriegswirtschaftsverordnung" zu den häufigsten Delikten während des Krieges überhaupt. Kleinere Vergehen wurden in der Regel mit Geldstrafen und kurzzeitigen Freiheitsstrafen geahndet. Schwerwiegendere Fälle (Schiebereien, in Schleswig-Holstein auch Schwarzschlachtungen) konnten jedoch auch mit Zuchthaus bestraft werden. Für die Aburteilung waren in der Regel die ordentlichen Gerichte zuständig. Einzelfälle wurden aber auch vor den Sondergerichten angeklagt.

(30) Als "Protektoratsangehörige" wurden ehemalige Staatsbürger der Tschechoslowakei bezeichnet, die nicht deutscher Herkunft waren. Da die Slowakei nach der deutschen Okkupation der CSR im März 1939 als von Deutschland abhängiger Satellit ihrer Bevölkerung eine eigene Staatsbürgerschaft verlieh, handelte es sich bei "Protektoratsangehörigen" in der Regel um Tschechen.

(31) Die "KPC" war und ist die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei.

(32) Der Titel des Flugblatts "Hilsen fra England" lautet übersetzt "Grüße aus England". - Im übrigen handelte es sich wahrscheinlich um einen fehlgeleiteten Abwurf der Flugblätter und nicht um eine gezielte Maßnahme zur Agitation der dänischen Minderheit in Südschleswig oder der dänischen Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein.

(33) "Mar.Artl." ist die militärische Abkürzung für "Marine-Artillerie".

(34) Zur Marinegerichtsbarkeit während des Krieges vgl. mit weiterführenden Literaturhinweisen: Volker Lassen, "Todesurteile zur See. Zur Rolle der deutschen Marinegerichtsbarkeit im 2. Weltkrieg", in: AKENS-INFO Nr. 6 (August 1985), S. 21-38.

(35) Die Meldung Nr. 2 v. 5.2.41 wurde hier nicht wiedergegeben (vgl. Anm. 1). Zur Meldung Nr. 13 v. 29.9.41 siehe oben.

(36) Die "Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen" vom 1.9.1939 (RGBl. I, 1683) stellte zunächst das Abhören ausländischer Sender unter Strafe.

Darüber hinaus war die Weiterverbreitung von Nachrichten ausländischer Sender mit schwerer Strafe bedroht. In derartigen, schweren Fällen - wie auch dem hier geschilderten - wurde häufig ebenfalls wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" (vgl. Anm. 3) Anklage erhoben. Für die Aburteilung waren in der Regel die Sondergerichte, in schweren Fällen auch der Volksgerichtshof zuständig. Handelte es sich lediglich um das bloße Abhören ausländischer Sender wurde in der Regel auf Gefängnisstrafe erkannt. In schweren Fällen - insbesondere im Zusammenhang mit dem Vorwurf des "Hochverrats" - erfolgten aber auch Verurteilungen zu Zuchthaus- oder Todesstrafen.

Obwohl während des Krieges massenhaft ausländische Sender abgehört wurden, blieb die Zahl der entsprechenden Anklagen relativ gering. Denn trotz des verbreiteten Denunziantentums war es schwierig, im Einzelfall das Abhören ausländischer Sender zu beweisen.

(37) Die SS- und Polizeigerichte wurden durch Verordnung vom 17.10.1939 (RGBl. I, 2107) eingerichtet. Sie bildeten wie die Kriegsgerichtsbarkeit der Wehrmacht (vgl. Anm. 34) eine eigenständige Sondergerichtsbarkeit in Strafsachen. Als normative Grundlagen für die Tätigkeit der SS- und Polizeigerichte fungierten das Militärstrafgesetzbuch und die Militärstrafgerichtsordnung, von denen jedoch vor allem hinsichtlich der Gerichtsverfassung und der Bewertung einzelner Straftatbestände z.T. erheblich abgewichen wurde. Seit 1942 waren sämtliche SS- und Polizeiangehörigen (einschließlich der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren!) formal den SS- und Polizeigerichten unterstellt. Daher wurden auch die Kieler Luftschutz-Polizeimänner selbst als "Protektoratsangehörige" (vgl. Anm. 50) dem für Schleswig-Holstein zuständigen SS- und Polizeigericht in Hamburg überstellt.

(38) Pastor Friedrich Stellbrink wurde im Zuge des "Lübecker Christenprozesses" vom 22. bis 24.6.1943 abgeurteilt. Der 2. Senat des Volksgerichtshofs unter Vizepräsident Dr. Crohne war dazu eigens nach Lübeck gereist. Neben Stellbrink wurden die katholischen Geistlichen Hermann Lange, Eduard Müller und Johannes Prassek, die unter anderem Galen-Predigten, Flugblätter und ausländische Rundfunk-Nachrichten verbreitet hatten, sowie 18 weitere Personen angeklagt. Der Volksgerichtshof verhängte hohe Zuchthausstrafen und verurteilte alle 4 Geistlichen zum Tode. Hermann Lange, Eduard Müller, Johannes Prassek und Friedrich Stellbrink wurden am 10.11.1943 in Hamburg justizförmig ermordet (vgl. Else Pelke, "Der Lübecker Christenprozeß 1943", Mainz 1974).

(39) Der "Komsomol" war und ist die Jugendorganisation der Kommunistischen Partei der Union der Sowjetrepubliken (KPdSU).

(40) Der Straftatbestand der "Wehrkraftzersetzung" wurde durch die "Verordnung über das Sonderstrafrecht im Kriege und bei besonderem Einsatz (Kriegssonderstrafrechtsverordnung - KSSVO)" vom 17.8.1938 geschaffen, die aber erst am 26.8.1939 veröffentlicht wurde und kurz darauf in Kraft trat (1939, RGBI. I, 1455 ff.). Als "Zersetzung der Wehrkraft" wurde u.a. die öffentliche Aufforderung zur Kriegsdienstverweigerung und die Lähmung oder Zersetzung "des Willens des deutschen Volkes zur Selbstbehauptung" mit Todesstrafe bedroht. Anklagen wegen "Wehrkraftzersetzung" fielen ursprünglich vor allem in die Zuständigkeit der Sondergerichte. Ab Mitte 1942 kam es aber auch zu zahlreichen Verfahren vor dem Volksgerichtshof. Dabei legte insbesondere der 1. Senat unter Roland Freisler die Tatbestandsmerkmale so weitgehend aus, daß nahezu jede oppositionelle Äußerung als "Wehrkraftzersetzung" verfolgt werden konnte. Allein durch den Volksgerichtshof ergingen Hunderte von Todesurteilen wegen "Wehrkraftzersetzung."

II. Forschungshinweise

II.1. Zur Quellenkunde des Widerstands in Schleswig-Holstein: Die Zuständigkeiten im NS-Justizapparat für sogenannte Hochverratsdelikte

Organisierter Widerstand in Zellenorganisationen z.B. oder das Abhören ausländischer Sender oder Herstellung, Besitz und Verbreitung von Flugblättern durch Angehörige der Arbeiterbewegung sind von NS-Justizverfolgungsbehörden durchweg als Vorbereitung zum Hochverrat oder Hochverrat (§§ 80-86 StGB) kriminalisiert worden. Zur Arbeit mit den dabei entstandenen Justizquellen sind einige apparatimmanente Kenntnisse erforderlich. Da sie sich Heimtforscher/inne/n ohne einschlägige "Vorbelastung" nicht auf Anhieb erschließen, sollen die nötigen Angaben hier kurz zusammengefaßt werden.

Für Hochverratsdelikte waren der Oberreichsanwalt beim Reichsgericht und das Reichsgericht bzw. ab April 1934 der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof und der Volksgerichtshof zuständig. (1)

Fälle von geringerer Bedeutung konnten von diesen Stellen an die nächst niederen Instanzen verwiesen werden und zwar an die Landesstaatsanwaltschaften und bestimmte Oberlandesgerichte. (2) Das Interessengebiet unserer Arbeitsgemeinschaft, der Oberlandesgerichtsbezirk Kiel, wurde in dieser Hinsicht dem Kammergericht Berlin zugeschlagen. (3)

Am 1.2.1837 ging diese Kompetenz auf das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg über. (4)